

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanfingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Defenbacherhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnte Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Reichstagsdebatte über Berufsvereinsgesetz und Gewerkschaften. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Wahrgeregungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandes. — Quartalsabrechnung des Zentralverbandes. — Berichte. — Beiträge zum Wehringsschweigen. Eine Mahnung zur Ehrlichkeit an die „Vaugewerkschaft“. — Verband der Maurer und Sandbläser in der Schweiz. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterausgang, Subventionen usw. — Aus Unternehmenskreisen. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Reichstagsdebatte über Berufsvereinsgesetz und Gewerkschaften.

Den sozialpolitischen Debatten, die mit der ersten Beratung des Staatsvertrages verbunden waren, folgten auf Grund der von den einzelnen Parteien im Reichstage eingebrachten Interpellationen und Initiativen anträge immer neue. Aus den im Verlaufe der Tage vom 9. bis 16. März stattgehabten weiteren Debatten wollen wir eine überaus wichtige außerhalb des Rahmens unseres regelmäßigen Reichstags-Entscheidungs an dieser Stelle besonders berücksichtigen.

Eine der vom Zentrum eingebrachten verhandelten Interpellationen geht dahin, ob im Laufe dieser Session die Wiedervorlage des Entwurfs betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu erwarten sei? An positiven sozialpolitischen Leistungen hat der vorige Reichstag nur das Gesetz über die Kaufmannsgerichte aufzuweisen. Mit Recht betonte der Begründer der Interpellation, Abgeordneter Timborn, das sei nicht die Schuld des Reichstages, sondern liege an der mangelnden gesetzgeberischen Initiative der verbündeten Regierungen und an der am 13. Dezember v. J. erfolgten Auflösung des Reichstages. Zu den nicht zur Verabschiedung gelangten Vorlagen gehört aber auch der Entwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Weder die Thronrede zur Eröffnung des neuen Reichstages, noch der Reichstagskanzler in seinen „Programm“-Reden hat dieses Gesetz erwähnt, so daß die Meinung begründet erscheinen konnte, als ob die Regierung in Anbetracht der Kritik, welche der erste Entwurf erfahren hat, auf eine Neueinbringung verzichten würde. Dieser Meinung gab auch Herr Timborn Ausdruck.

Staatssekretär Graf Posadowsky wiederholte die vom Reichstagskanzler kürzlich abgegebene Erklärung, die verbündeten Regierungen seien „selbstverständlich“ fest entschlossen, die Sozialpolitik fortzusetzen. Wenn man nur erst wüßte, wie diese Fortsetzung beschaffen sein soll? Uebrigens gab der Staatssekretär wiederum, wie schon einmal, zu, die Ansichten darüber, ob Sozialpolitik betrieben werden solle oder nicht, seien verschieden. Es wäre gut gewesen, wenn er die volle Wahrheit geäußert, d. h. hinzugefügt hätte, daß die Arbeiterklasse darüber völlig einig ist. Er fuhr fort, es gebe in Deutschland einen Stand, der, wenn auch in verschleierter Form, sich in der Deffektivität beweisen dagegen erklärt und der, wenn er ganz das, was er in seinem Herzen denkt, ausdrücke, vielleicht erklären müßte: „Die Sozialpolitik war ein verhängnisvoller Schritt, der Kräfte in der Welt wird sich behaupten, der Schwache muß untergehen, für ihn muß nur das Notwendigste durch die Armenpflege geschehen, es liegt in der Sozialpolitik für die Kraft eines Volkes etwas Entnervendes, eine Anzahl Staaten haben sich auf dem Weg der Sozialpolitik noch nicht begeben, diese Staaten sind besser daran als diejenigen, die Sozialpolitik treiben.“ In dieser klaren und schroffen Form äußere man sich aber nicht, man erkläre vielmehr, man sei für Sozialpolitik, bekämpfe jedoch jeden Schritt auf diesem Gebiete.

Ja, freilich, so ist es! Und diese Tatsache hat die Sozialdemokratie und die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation in Rede und Schrift vorweist wie oft festgestellt und kritisiert. Die grundsätzlichen Widersacher der Sozialpolitik waren von jeher und sind noch die Eliten der Großindustriellen, der Junker und Agrarier sowie auch, soweit die Arbeiterkategorie in Betracht kommt, sogenannte „mittelländepolitische“ Eliten.

Graf Posadowsky klagte über den „Lawineneinsturz von sozialpolitischen Anträgen“, womit die Regierung und der Reichstag jetzt überschüttet worden sei. Um praktische Politik zu treiben, müsse man einzelne große Aufgaben herausgreifen. Nun, die Sozialdemokratie hat sich mit ihren Anträgen und Interpellationen durchaus an solche Aufgaben gehalten, die ihrer Ueberzeugung nach große sind und deren Erfüllung dringend geboten ist.

Von dem Berufsvereinsgesetz glaubte der Herr Staatssekretär „aus vollster innerster Ueberzeugung“ sagen zu können, es sei, wie Maria Stuart, „besser als kein Ruf“. — Eine Behauptung, die tatsächliche Zwischenbemerkungen der Sozialdemokraten hervorrief. Er sagte, das Gesetz sei in seinen Absichten „mißverstanden“ worden, und fügte hinzu: „Man knüpfte an die Regelung des Rechts der Berufsvereine Forderungen, die früher nicht in Verbindung mit der Verringerung des V. O. V. erhoben waren, man wollte eine Regelung des gesamten Rechts der Gewerbevereine, man wollte eine Neuregelung des Koalitionsrechts, ja schließlich eine Regelung des gesamten Vereins- und Versammlungsrechts, Dinge, die auf einer wesentlich anderen rechtlichen Grundlage liegen. Man hat behauptet, das Gesetz über die Arbeitskammern soll sich aufbauen auf dem Gesetz über die Berufsvereine und man wolle an den Arbeitskammern nur die Arbeitergruppen beteiligen, die innerhalb der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine stünden und so eine Art politischen Einfluß auf Umwegen ausüben. Diese Auffassung ist eine irrtümliche. Das Gesetz über Arbeitskammern sollte nach der Absicht der verbündeten Regierungen nicht aufgebaut werden auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, sollte mit diesem überhaupt in keinen inneren Zusammenhang gebracht werden. Ich würde es vielleicht für praktisch halten, um ganz ungewissheit dieses Mißtrauens zu beseitigen, wenn die verbündeten Regierungen sich erst einigten über das Gesetz über Arbeitskammern, dies einbrächten und dann erst in Erwägung treten darüber, ob und in welcher Form das Gesetz über die Berufsvereine wieder eingebracht werden soll.“

Damit hat Graf Posadowsky nicht bewiesen, daß der Widerstand, den der Gesetzentwurf besonders von Seiten der organisierten Arbeiterschaft erfahren hat, ein unbegründeter ist. Er hat insbesondere den Teil der oppositionellen Kritik, der dahin geht, daß der Entwurf die Tendenz habe, die freie und selbstständige gewerkschaftliche Organisation zu fesseln, zu schwächen, zu untergraben, durchaus nicht entkräftet. Der sozialdemokratische Abgeordnete Gué bereite ihm eine schwere Verlegenheit, indem er daran erinnerte, daß er, der Staatssekretär, als er in der vorigen Session den Entwurf begründete, erklärt habe: es sei die „Aufgabe der Regierung, die Unterschiede, die zwischen der Arbeiterschaft bestehen, zu vertiefen“, was doch praktisch darauf hinausläuft, systematische Organisationen für den Verrat innerhalb der Arbeiterklasse zu schaffen. Herr Behrens — der christlich-soziale Arbeitersekretär —, so führte Gué weiter aus, habe bereits auf die

neueste Gründung des Reichslagenverbandes, auf die gelben Streikbrecherorganisationen hingewiesen. „So will man wohl die Unterschiede vertiefen. Wenn wir nun aber doch einmal in einem Lande zusammenleben und einer Volksgemeinschaft angehören, so ist eine solche sozialpolitische Auffassung außerordentlich beklagenswert. Man sollte diese Unterschiede nicht vertiefen, sondern Mittel und Wege suchen, um einigermassen verträglich nebeneinander zu leben. Die Gründung der gelben Gewerkschaften ist eins der unmoralischsten Mittel, deren man sich im sozialen Kampfe bedienen kann.“

Der konservative Abgeordnete v. Dirksen brachte es fertig, die gelben Gewerkschaften zu begrüßen als ein Mittel, „vom Terrorismus der sozialdemokratischen zu befreien“. Ihm entgegenzutreten zunächst der Zentrumsabgeordnete, Arbeitersekretär Giesberts, er müsse sich gegen die Existenzberechtigung der gelben Gewerkschaften aussprechen, denn das seien Organisationen, in denen die Arbeiter nicht selbstständig entscheiden, sondern durchaus unter der Vormachtigkeit der Unternehmer stehen. Die Gleichberechtigung der Arbeiter müsse erstrebt werden. Ein Zusammengehen der Arbeiterorganisationen sei notwendig. Uebrigens glaubt dieser Redner, die Sozialdemokraten ermahnen zu müssen, auch die christlichen Gewerkschaften als existenzberechtigt anzuerkennen. Es wäre richtiger, wenn er seine Kritik darauf richtete, daß von „christlicher“ Seite die freien gewerkschaftlichen Organisationen, die „sozialdemokratischen“, seit Jahrzehnten in rücksichtsloser und ungerechter Weise angegriffen werden, daß die „christlichen“ Gewerkschaften doch auch genau so wie die gelben gegründet worden sind zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften und daß ihre Führer sich wer weiß wie oft gegen die Existenzberechtigung dieser Organisationen gewendet haben.

Der antisemitische Abgeordnete Schäd hatte den glorreichen Einfall, der Regierung zu empfehlen, bei der Neubearbeitung des Berufsvereinsgesetzes sich bei den christlichen Gewerkschaftsführern Rat zu holen — beileibe nicht bei den bösen sozialdemokratischen! Und diese Art von „Sozialpolitikern“ will ernst genommen sein!

Dem schon erwähnten konservativen Abgeordneten v. Dirksen muß attestiert werden, daß er sich in struppeliger Weise einiger vom Reichslagenverband ausgehender Verleumdungen bediente, um die Gewerkschaftsführer in schlechtes Licht zu stellen. Er sprach von den Führern, die sich „von den Arbeitergroßchen mäßen“. Der Abgeordnete Giesberts, wohl in der Meinung, diese Verleumdung auch auf die christlichen Gewerkschaftsführer beziehen zu müssen, legte Verwahrung dagegen ein und erklärte — der Wahrheit gemäß — nirgend werde soviel selbstlose Arbeit geleistet, wie gerade in den Gewerkschaften. Abgeordneter Gué bemerkte dazu und belegte es zahlreich, daß die Beamten der Gewerkschaften kaum zum zehnten Teil so gut bezahlt werden, wie die Beamten der Unternehmerverbände. In vielen Gewerkschaften werden noch Gehälter unter M. 100 pro Monat bezahlt. Als von der rechten Seite in albern-böserm Ton ihm zugeworfen wurde: „Hungerlöhne“, entgegnete er: „Aberdings sind das Hungerlöhne, aber Sie sind merkwürdige Heilige: Erst behaupten Sie, die Gewerkschaftsbeamten werden dick und fett von den Arbeitergroßchen, und nun reden Sie von Hungerlöhnen.“

Noch eine weitere Abrechnung hielt Gué mit dem Abgeordneten v. Dirksen. Dieser hatte behauptet,

zwecks Abwendung der Wertpreiserhöhung stetig durchgeführt. Ist das auch „eines rechtlichen und wirtschaftlichen“ Rätens und wollen die Unterzeichner der Petition, die Herren A. Meißner, Berlin und A. Steyer, Leipzig, auf diese Fragen eine Antwort geben?

Ein wissenschaftlicher Kursus zum Studium des Alkoholismus soll zum ersten Male in der Dienermode 1907 in Berlin abgehalten werden. Der Vorstand des Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus erläßt dazu eine Einladung, in der es heißt:

Von Jahr zu Jahr hat der Besuch zugenommen. Insbesondere waren es Vertreter von Staatsregierungen und Kommunalbehörden, von Versicherungsanstalten, Berufsvereinigungen und Krankenkassen, von Eisenbahn- und Großbetriebsverwaltungen, Mitglieder des Klerus, Geistliche und Lehrer, welche in immer größerer Zahl an diesen Kursen teilnahmen und am Schluß derselben ihrer Befriedigung über das Gebotene warmen Ausdruck gaben. Dies ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß mit der Einrichtung dieser Kurse ein weitestgehender Bedürfnis entsprochen wird. Überall wird die Alkoholfrage in Wort und Schrift erörtert. Die Schädigungen und Verheerungen, welche der Alkoholismus anrichtet, liegen klar zu Tage. Ärzte und Volkswirtschaftler, Juristen und Industrielle, Geistliche und Lehrer haben immer wieder auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht. In großer Zahl sind zur öffentlichen Diskussion gestellt.

Was ist unter der fast unübersehbaren Fülle von Behauptungen, Anregungen und Forderungen richtig, zuverlässig und brauchbar? Was sind Tatsachen, was nur Hypothesen? Welche Mittel der Abhilfe haben sich bewährt? Auf diese Fragen geben Männer der Wissenschaft in diesen Kursen die Antwort, nicht agitatorisch und tendenziös, sondern in wissenschaftlich ruhiger, wissenschaftlich erzeugter und bearbeiteter Darlegung auf Grund eigener Untersuchungen und Beobachtungen. Der Besuch dieser Kurse und die Teilnahme an den Besichtigungen ist unentgeltlich. Witten um Programme, Anfragen oder Anmeldungen sind zu richten an Frau Gerken-Weigebel in Friedenau bei Berlin, Emmerichstr. 23, oder an die Geschäftsstelle, Berlin W. 15, Emsierstr. 63.

Die Kurse werden abgehalten vom 2. bis 6. April im Variété-Auditorium der Universität (Eingang Kajantienwäldchen).

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hannastädte:

Lübeck (Sperrn über die Firma Kommet aus Stettin), Hamburg: Ochsenwärder (Streik);

Schleswig-Holstein:

Reinbek (Aussperrung), Reinhold (Sperrn über E. Haeger);

Mecklenburg:

Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperrn über Scharf & Sohn), Laage (Sperrn über Korf), Rostock (Differenzen);

Brandenburg:

Luckenwalde (Bauarbeiterstreik);

Pommern:

Bassin (Sperrn über Berger), Podesjuch (Sperrn über die Seifenfabrik in Sidowasau und die Zementfabrik Stern in Finkenwalde);

Ost- und Westpreußen:

Strasburg (Differenzen);

Schlesien:

Waldenburg (Sperrn über die Thiesche Porzellanfabrik in Altwasser), Primkenau (Sperrn über den Neubau der Henrichtenstraße, ausgeführt von der Beton-Baugesellschaft in Glogau);

Königreich Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien- & Kunze, Bahnhofsbauteile, Hessel, Gohlis, Lothringer- und Pariserstrasse, M. Steyskal und Seifert in Meckern, Sohrstrasse, Rötha (Sperrn über O. Böttcher), Oderwitz (Sperrn über Krüsing), Meissen (Sperrn über die Dampfziegelei in Neu-Sörnnewitz);

Thüringen:

Gräfenthal (Sperrn über Gonber);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Walsrode (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Nannburg a. d. S. (Sperrn über Emil Müller, Kanonierstrasse), Coswig (Differenzen);

Rheinland:

Düsseldorf (Sperrn über das Röhren- und Blechwerk Larenfeld und über den Unternehmer Aalton);

Hessen:

Mainz (Sperrn über die Brückenbauanstalt in Gustausburg);

Baden-Pfalz:

Heidelberg (Sperrn über den Unternehmer G. Glesso in Kirchheim);

Oesterreich-Ungarn:

Teplitz (Streik);

Budapest (Aussperrung).

Dänemark:

Kopenhagen (Sperrn über die Plattenhändlerfirma Olsen & Larsen).

Frankreich:

Lyon (Aussperrung).

Zuzug von Verbandskollegen nach Hannover ist erwünscht.

Gau Bremen. In Begesad läuft der Vertrag, der am 22. März 1905 mit den Unternehmern abgeschlossen war, mit Ende dieses Monats ab. Forderungen sind den Unternehmern bis heute noch nicht unterbreitet. Das scheint nun den Unternehmern nicht recht zu sein, denn unter dem 11. März ging dem Gewerkschaftsrat folgendes Schreiben der Baugewerkschaft „Baughütte Blumenthal“ zu:

Da der zwischen der Innung und dem Gesellenausschuß am 22. März 1905 abgeschlossene Arbeitsvertrag mit dem 31. März d. J. abläuft, frage ich im Antrage der Innung, ob ein neuer diesbezüglicher Vertrag abgeschlossen werden soll.

Ihrer werten Forderungsbildung halbsitz entgegenstehend, zeichnet Hochachtungsvoll (Unterschrift).

Unsere Kollegen haben es mit der Regelung der Lohnfrage bisher noch nicht so richtig gehalten. Sie hatten zu der Frage überhaupt noch keine Stellung genommen. Da der Gesellenausschuß nicht mehr gewillt ist, über Lohnfragen zu verhandeln, weil er keinen Einfluß auf die Durchführung eines eventuellen Vertrages besitzt, so hat er durch den Altersrat, Kollegen A. Kempfert, der Innung folgendes Schreiben übermittelt:

Antwortlich Ihres werten Schreibens vom 11. März, teile ich Ihnen mit, daß wir uns im Gesellenausschuß einig geworden sind, uns nicht mehr mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befassen, da wir keinerlei Einfluß auf die Durchführung eines eventuellen Vertrages besitzen. Im Antrage des Gesellenausschusses ersuche ich die werte Baughütte, sich mit diesbezüglichen Anfragen an die Organisationen der Maurer resp. Zimmerer zu wenden. Die Adressen lauten: (unv.).

Hoffentlich regelt sich die Lohnfrage in friedlicher Weise.

Gau Köln. Der Unternehmer Aktion in Düsseldorf verlangte von vier Kollegen, daß sie 11 Stunden arbeiten sollten. Da sie das ablehnten, so entließ er sie. Infolgedessen ist über sein Geschäft die Sperrn verhängt worden.

Gau Frankfurt a. M. In Oppenheim wurde am 7. März den Bauunternehmern eine Forderung von 45 % pro Stunde, und Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit, anstatt der bisherigen elfstündigen, unterbreitet. Der jetzige Stundenlohn betrug bis zu 30 %. Antwort wurde bis zum 11. März verlangt. Die Antwort blieb jedoch aus. Am 13. März wurde die Lohnkommission bei den Unternehmern vorstellig, um eine Einigung herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg. Am 14. März wurde ein Kollege von der Lohnkommission von dem Bauunternehmer Strauer entlassen. Hierzu nahmen unsere Kollegen am Sonntag, den 17. März, Stellung. Die Diskussion wurde sachlich geführt. Sämtliche Redner bewerteten das gegenwärtige Verhalten der Unternehmer. Die Kollegen beschloßen einstimmig, am Montag die Arbeit niederzulegen. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Herren Bauunternehmer auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte bestehen können oder nicht.

Gau Hamburg. Aus Lübeck wird berichtet: Da sich auch in diesem Jahre wieder eine gute Konjunktur bemerkbar machte und der Tarif mit den Unternehmern am 31. März 1907 abläuft, beschloßen die Kollegen in der Versammlung am 23. Dezember, eine Forderung an die Unternehmer zu stellen. Beschlossen wurde, den Stundenlohn von 42 % auf 45 % zu erhöhen, sowie die achtstägige Lohnzahlung, Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und einige kleine Nebenforderungen von den Unternehmern zu verlangen. Diese Forderungen wurden den Unternehmern am 1. Januar zugestellt. Die Unternehmer traten auch sofort mit unserem Zweigverein in Unterhandlung. Die erste Unterhandlung verlief ohne Erfolg. Die Unternehmer waren nur geneigt, den Tarif auf ein Jahr zu verlängern. Weiter teilten sie der Lohnkommission mit, daß eine Lohnzulage und eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgeschlossen sei. Alle weiteren Unterhandlungen seien überflüssig. Eine unserer Mitgliederversammlungen beschloß, an den Forderungen festzuhalten. Die Unternehmer hatten aber inzwischen ihre Ansicht geändert und beschloßen, die Lohnkommission zu einer weiteren Unterhandlung einzuladen. Jetzt bewilligten sie eine Lohnerhöhung von 1 % pro Stunde und die achtstägige Lohnzahlung. Um nun so schnell wie möglich den Tarif zum Abschluß zu bringen, warteten die Unternehmer nicht erst bis zur Mitgliederversammlung, sondern luden die Lohnkommission nach acht Tagen wieder zu einer Unterhandlung ein, in der auch unser Gauleiter, Kollege Kober, anwesend war. Nun bemerkten die Unternehmer, sie könnten nicht mehr zahlen, sie könnten sonst nicht konkurrieren, weil in der Umgebung ein niedrigerer Lohn gezahlt würde. Als im vorigen Jahre bei einer Unterhandlung über die Lohnfrage, wo ein Unterschied von 11 % pro Stunde vorhanden war, die Unternehmer denselben Standpunkt einnahmen, wurde von einem Unternehmer erklärt, einen Unterschied von 5 % pro Stunde wollten und könnten die Unternehmer tragen. Als die Lohnkommission die Unternehmer hieran erinnerte, war ihnen dieses nicht mehr erinnerlich. Von unserer Seite wurde ihnen jetzt ein Entgegenkommen gezeigt, indem die Forderung der neun-einhalbstündigen Arbeitszeit gestrichen wurde. Jetzt bewilligten die Unternehmer einen Stundenlohn von 43 % bis 44 %. Als wir aber auf 45 % bestanden, erklärten die Unternehmer dem Kollegen Kober gegenüber, daß die Forderung nur bestehen sei, aber es sei ihnen von der Innung auferlegt worden, die 45 % nicht zu bewilligen. Nun sah die Mitgliederversammlung am 3. März, den endgültigen Beschluß, nicht von der Forderung abzuweichen. Daraus hielten sich die Unternehmer die Einigkeit des Zweigvereins zu sprengen, indem sie die Lohnkommission nicht mehr anerkannten und eigenmächtig eine Maurerverammlung einberiefen. Diese Versammlung

brachte den Unternehmern jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Nun schickten uns die Unternehmer einen von ihnen ausgearbeiteten Tarif mit der Unterschrift der Innung. Darnach wollten sie vom 1. April 44 % zahlen und vom 1. Juli 45 %; auch wird achtstägige Lohnzahlung zugestanden. Ferner enthält der Tarif eine Bestimmung, daß die Forderung zum 1. April 1908 bis einschließlich dem 1. November 1907 eingeleitet sein muß. Wenn dieses nicht geschieht, ist der Tarif stillschweigend für ein Jahr verlängert. Auch dieser Tarif wurde von uns für unannehmbar erklärt. Jetzt bleibt abzuwarten, ob sich die Unternehmer noch bis zum 1. April bequemen, die Forderung zu bewilligen. Da hier eine gute Konjunktur vorhanden ist und die Unternehmer in vielen Mätern Kollegen suchen, bitten wir, so lange Lübeck zu meiden, bis die Unternehmer bewilligt haben.

Die diesjährige Lohnbewegung der Maurer und Zimmerer in Hamburg ist nach langwierigen Unterhandlungen mit der „Baughütte“ durch folgenden Vergleich erledigt: Vom 1. April bis zum 1. Oktober dieses Jahres 63, früher 48 %, vom 1. Oktober 1907 bis 1. April 1908 65 % und von da ab bis zum 1. April 1909 67 % pro Stunde. Betreffs der Arbeitszeit wurde es den Arbeitern freigestellt, ob sie 10 oder 9½ Stunden arbeiten wollten, natürlich kommt für die Arbeiter nur das letztere in Betracht. Auch die üblichen Nebenforderungen wurden in zufriedenstellender Weise erledigt. Sind hiermit auch nicht alle Forderungen der Arbeiter bewilligt worden, so haben sie doch immerhin durch diesen Vergleich einen Erfolg erzielt, mit dem sie wohl zufrieden sein können. Sache der Hamburgen Kollegen muß es nun sein, das Errungene hochzuhalten und dafür einzutreten; und so traurig wie es ist, daß so etwas noch gesagt werden muß, sie werden jetzt wohl endlich eingeschlagen haben, daß nur durch festes Zusammenhalten in Bezug auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage etwas Greifbares für sie herauszuschlagen ist. Hoffentlich wird jetzt mit der Ruhe und Interesselosigkeit gründlich ausgeräumt werden, und die Kollegen werden sich etwas besser um ihre Angelegenheiten kümmern. Hoffentlich werden auch die Baughüttenarbeiter, die noch in Unterhandlung mit den Unternehmern stehen, ein günstiges Resultat erzielen.

Gau Hannover. Die Lohnbewegung in Hannover ist erledigt, ohne daß es erst zur Aussperrung gekommen ist. Die Kollegen verzichteten auf eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer erhöhen den Lohn von 66 % auf 60 % für das Jahr 1907, auf 62 % für 1908 und auf 64 % für 1909. Es ist also eine Lohnsteigerung von 9 % in zwei Jahren. Zuzug nach Hannover ist sehr erwünscht.

Gau Altdorf. In Gnaien sollten die Unternehmer vom 1. April ab den Stundenlohn von 35 auf 38 % erhöhen und für Landarbeit pro Stunde 2 % Aufschlag bezahlen. Die erste Unterhandlung, die mit dem Gauleiter allein geführt wurde, verlief resultatlos, jedoch verpflichteten sich die Unternehmer, bis zum 20. Februar nochmals Stellung zur Lohnfrage zu nehmen. Es folgte dann ein Angebot auf drei Jahre mit je 1 % Lohnerhöhung. Dieses Angebot wurde abgelehnt. In einer nochmaligen Unterhandlung, die am 7. März stattfand, wurde dann eine Einigung erzielt. Vom 1. April 1907 beträgt der Stundenlohn in der Stadt 37 %, über Land 38 %, vom 1. April 1908 in der Stadt 39 % und über Land 41 %. Die gestellten Nebenforderungen wurden ebenfalls anerkannt. Damit ist die Lohnbewegung für Gnaien beendet.

In Krasow ist es ebenfalls zur Einigung gekommen. Nachdem eine Unterhandlung, die vom Gauleiter eingeleitet wurde, resultatlos verlief, machten die Unternehmer nach einigen Tagen das Angebot, für 1907 und 1908 den Stundenlohn für Stadtarbeit auf 38 % und für Landarbeit auf 39 % festzusetzen. Die Kollegen beschloßen jedoch, sich nur auf ein Jahr zu verpflichten, womit sich die Unternehmer dann auch zufrieden erklärten.

In Malchin fordern die Kollegen einen Stundenlohn von 40 %. Die Unternehmer haben dieses abgelehnt. Sie begründen es damit, daß im vorigen Jahre erst eine Lohnerhöhung von 35 auf 37 % eingetreten ist, außerdem hätten sie schon im vorigen Jahre das Versprechen gegeben, für 1907 38 % zu zahlen. Weiteres sei aus ihrerseits innegehalten worden. Richtig ist, daß dieses Versprechen im vorigen Jahre als Abzählung angenommen wurde. Auf irgend welche Verbindlichkeiten haben sich die Kollegen jedoch nicht eingelassen. Auch haben die Unternehmer bis jetzt noch nicht das Bedürfnis gehabt, geregelte Arbeitsbedingungen mit unserer Organisation zu vereinbaren. Da erhebliche Differenzen bevorstehen, ist der Zuzug fernzuhalten.

In Rüttenburg wird die neun-einhalbstündige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 % auf 48 % gefordert. Eine Unterhandlung, zu der der Gauleiter nicht zugelassen wurde, verlief völlig resultatlos, indem die Unternehmer alles rundweg ablehnten. Sie begründen ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß erst im vorigen Jahre eine Lohnerhöhung von 6 % pro Stunde eingetreten sei. Damit werden sich die Kollegen jedoch nicht zufrieden geben, sondern versuchen, zu geeigneter Zeit mit dem nötigen Nachdruck einzugreifen.

In Rügheim scheinen die Unternehmer nun doch der Aussperrung überdrüssig zu sein. Nachdem ein Vertrag, worin 38 resp. 40 % pro Stunde geboten wurden, einstimmig von den Kollegen abgelehnt worden war, erklärten sich die Unternehmer bereit, unsere im vorigen Jahre gestellten Forderungen anzuerkennen. Jedoch wünschen sie wegen der anderen Punkte des Vertrages noch eine mündliche Aussprache mit dem Gauleiter. Diese dürfte dann wohl zum endgültigen Friedensschluß führen, so daß der Kampf nach fast elf Monaten mit einem vollständigen Siege der Kollegen enden dürfte.

Gau Nürnberg. Die Lohnbewegung in Nürnberg ist für jetzt als abgeschlossen betrachtet werden. Es wird darüber berichtet:

Am 12. März fand in den „Zentralfallen“ eine Mitgliederversammlung der Maurer und Steinbauer statt, die so zahlreich besucht war, daß viele keinen Platz bekommen konnten. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Kommission des Arbeitgeberverbandes. Kollege J. J. Mettel führte

Schlafne 100 A & 25. Selbin 600 B & 30, 30 E & 50, 50 A & 25. Schwanebach 100 A & 25. Satow 200 B & 35, 50 A & 30, 50 A & 25. Scheibelen 25 E & 50. Stiefe 100 B & 45, 50 A & 25. Storfow 400 B & 40, 200 B & 55, 100 A & 25, 20 E & 50. Schmieberke 20 E & 50.

Tangermünde 20 E & 150 A. Trausnitz 300 B & 30, 50 E & 50, 10 E & 150. Tschorn 500 A & 25, 100 K & 10. Trebbin 500 K & 10. Tschicht 50 B & 50, 15 E & 50. Trebig 100 B & 45, 60 A & 25. Tschuppin 100 A & 25.

Verden 10 E & 50 A. Wistingen 30 E & 50. Wollsdorf 50 B & 50, 25 B & 45. Wustow 100 A & 25. Witten 5 E & 50, 200 A & 25.

Weida 100 A & 25 A. Wittmund 200 B & 60, 400 K & 10. Werbau 1000 L & 10. Wraffenried 600 K & 5. Walzenburg 100 B & 50, 300 A & 25, 200 B & 40, 200 B & 30, 100 E & 50, 20 E & 150, 49 B & 35. Wurzen 1000 B & 30, 25 E & 50, 5 E & 150. Wurselen 100 B & 45, 100 B & 40.

Wustungen 20 E & 50, 50 A & 25. Wustler 1 E & 300. Wüstebaden 200 B & 65, 100 E & 50. Wüstgenhausen 100 B & 35, 100 B & 30. Wüstgrosz 200 B & 65. Wüstmar 200 B & 30. Wüstungen. 600 B & 35, 50 E & 50. Wustner 100 B & 30. Wustenberg 100 A & 25.

Yebden 20 E & 150 A, 100 A & 25. Zwinge 100 B & 40, 100 B & 35, 10 E & 50, 50 A & 25. Zellen 5 E & 50, 3 E & 150, 25 A & 25. Zimowitz 100 A & 25. Zschau 25 A & 25.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind die Mitgliedsblätter der
Kollegen Herrn. Jourdan - Frankfurt a. M. (Verb. 2. Nr. 21 661),
Dorlando Lorenz - Gagen (388 708), Wilh. Schel - Friedberg
(111 824), Ernst Frz. Raupach - Weifen (216 153), Wilhelm
Stabr - Hinterle (182 742), Paul Wobius - Leipzig (37 710),
Gottlieb Wladislaw-Gerne (384 631), Gustav Etgenmann-Berlin
(198 624), Paul Frisch-Perle (375 059), Otto Becker-Olders-
leben (92 843), Carl Schaaf-Halle (25 409), Frz. Adolph-Hilden
(309 955), Wilh. Wellmann-Dortmund (211 603), August Saul-
erfurt (113 696), Wilh. Saul-Erfurt (233 886), Carl Fromm-
Berlin (979), Friedr. Adolph-Spremburg (231 246), Arno Kallner-
Erfurt (380 367), Franz Bernhart - Leipzig (38 132), Peter
Walter-E. Johann (346 300), Alois Proger-Dinsburg 236 614),
Joh. Mühl-Solingen (227 696), Frdr. Heinewetter-Ilbesheim
(78 328), Herrn. Braun-Elbing (176 881), Frz. Schiedel-Cöln
(351 155), Adolf Wandfberg-Odenburg i. Gr. (74 479), Heint.
Saurle - Ilm (220 676), Adm. Zimmermann - Gagen i. M.
(287 216), Walter Rich-Braunsdorf (12 661), Konrad Nau-
Frankfurt a. M. (20 698), Aug. Schäfer-Nordhausen (91 544),
Carl Schweiger-Ettigart (390 648), Heint. Hartmann-Darm-
stadt (275 343), Joh. Jörger - Hilden (384 883), Rob. Söbder-
Dortmund (64 505), Oscar Roth-Niela (276 677), Otto Möppel-
Neu-Drupin (90 668), Aug. Schmidt-Pandau (213 193), Emil
Glaugen-Bimberg (94 020), Otto Wiemann-Kreuzen (81 193),
Carl Gieself - Königsberg i. Pr. (347 308), Franz Langhans-
Königsberg i. Pr. (153 960), Carl Nowgna - Goldberg b. E.
(116 520), Carl Weber - Karlsruhe (310 462), Paul Schö-
nemann-Berlin (2263), Frdr. Schulz-Gornburg (218 874), Frz. Sto-
mann-Chemnitz (391 221).

Ausgeschossen sind auf Grund § 37 b des Statuts von
Zweigverein S a l z u n g e n: Fritz Strah (Verb.-Nr. 213.657)
D o c h u m: Anton Napolitski (434.611), Anton Blaslat (434.653)
NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rück-
ständiger Beiträge ausgeschossen sind, werden unter dieser
Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen werden vom Zweigverein Lüdenscheid: Karl Wend (Verb.-Nr. 97 310), Johann Aker (85 376); Voigtensburg Heinrich Funke (136 739). **Der Verbandsvorstand.**

Quittung.

Bei der unterzeichneten Expedition gingen im Monat Februar folgende Beträge aus: Zweigverreinen ein:
 Albert-Verreines A. 2,95, Glogau —,60, Danzig 14,10
 Sebzig 1,40, Wodum —,45, Heilbronn 1,45.
 Wir bitten die Zweigvereinskassierer, die Beträge für Anzeigen unaufgefordert einzuhenden. Der Preis ist den Anzeigen beigebrucht.
 Die Expedition des „Grundstein“

Abrechnung

des Central-Verbandes der Männer Deutschlands
für das vierte Quartal 1906.

Ginnaßme in den Zweigvereinen.

Dom 2. Quartal 1906 am Orte verbliebene Haupt-		
foßfänger	M.	4797,7
Eintrittsgelder		6230,5
Wöchentliche Beiträge		865118,9
Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse		899,1
Zusatz aus der Hauptkasse:		
a) Rechtschutz, Gemeindefragen, Reisen,		
Kranken- und Sterbehilfeleistung		1567,8
b) Streits und Vaußperren		24577,1
	Summa	M. 903991,8

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingekauft	M.	587,248.4
Für Streichs und Waippen	"	41,166.7
Reiseunterstützung im Winter	"	4,299.7
an Streifende	"	906.8
Rechtsauf	"	19,657.7
Gesamtergebnisunterstützung	"	8091.8
Unterstützung in Krankheitsfällen an Mitglieder	"	40,629.4
Unterstützung in Sterbefällen an Mitglieder	"	
und deren Frauen	"	16,244.-
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	"	21,529.9
Hauptpfandlager am Orte behalten	"	5,734.0
Berichte in den Zweigvereinen	"	818.9
Summa	M.	90,399.1

Einnahme in der Hauptkassette.

Vorstandsbezug vom 30. September 1906	2717,87
Von Eingangsmitgliedern bei der Hauptkasse	149,15
Sonstige Einnahmen	80,—
Für Kalender	2011,76
Projektilen: Ein Mahnwort zur Verfürzung der Arbeitszeit	6081,85
das Buch „Arbeits und Kultur	1718,25
„Lohn- und Arbeitsbedingungen	
im Maurergewerbe	2797,—
das Buch „Bauarbeiterschaft	463,95
„Monarchie oder Republik	10,40
die vier Bücher „Die Geschichte der englischen Arbeit	920,—
Protokolle vom 8. Verbandstag (Braunschweig)	28,60
„Grundstein“—Einbanddecken	21,40
Mitgliedsbücher—Futterale	1284,15
Aus den Zweigvereinen an die Hauptkasse eingehandt	557248,47
Von hiesiglandier Streikunterstützung zurückgehandt	637,89
Zurückgehandte Kapitalien	25000,—
Von Zinsen belegter Kapitalien	41775,01
Summa	661013,84

Ausgabe in der Hauptklasse.

Für das Nachrichten „Der Grundstein“	M.	5179,10
die Zeitung „L'Operaio Italiano“	"	1189,65
„Oswiata“	"	495,16
„Stawebnik“	"	1100,—
Agitation: a) an die Gewerkschafter	"	25857,66
b) für sonstige Agitation	"	12741,48
c) nach der Schweiz	"	2635,—
Teilnahme an dem gewerkschaftlichen Unterrichtskursus	"	10420,30
Zufindung an Zweigvereine:		
a) Reichsdung, Gemafregeltens-, Kranken- und Sterbeunterftützung	"	1567,88
b) Streiks und Baufertigkeiten	"	24577,11
Weilen zwecks Streikontrolle	"	3118,35
die ausgefertigten Maurer- und Bauarbeiter in Wien	"	25000,—
die Textilarbeiter in Kobz	"	1000,—
eine gemeinſchaftliche Sitzung des Vorstandes und Ausfchuffes in Hamburg	"	625,90
Delegation zu Konferenzen	"	22,—
Quartalsbeitrag an die Generalkommission (3. Quartal 1906)	"	9428,52
Rechtsdung für den Vorstand	"	12,15
1400 Tarifverträge und Statistif	"	10318,41
2000 Kalender 1907	"	974,50
8000 Broschüren „Ein Mahnwort zur Befreiung der Arbeitszeit“	"	416,70
5000 Mitgliedsbücher-Zutlerale	"	875,—
200 „Grundstein“-Einkaufsbücher	"	190,—
Ergänzung der Verbandsbibliothek	"	13,33
fachliche Verwaltung:		
a) Mitgliedsbücher	"	535,—
b) Mitgliederverzeichnisfe	"	923,—
c) Kassenbücher	"	475,—
d) Adressenverzeichnisfe	"	489,50
e) Jahresrechnungsformulare	"	60,—
f) Reiselegitimationskarten	"	52,—
g) Postkarten (Druck)	"	81,—
h) sonstige Druckarbeiten	"	508,—
i) sonstige Buchbindarbeiten	"	9,83
k) 1670 000 Marken	"	888,—
l) Schreibmaterial	"	73,—
m) Stempel und Zubehör	"	58,70
n) Bureaureinigung, Heizung u. Beleuchtung	"	749,55
o) Zeugnisaufbewahrung und Pringerlohn	"	24,77
p) sonstige Ausgaben	"	4,90
q) Worto:	"	

155 Pakete.....	M. 77,90
6391 Kreuzbandendungen.....	345,73
Briefporto usw.....	601,88
Beleggeld.....	159,60
	1185,11
Verbandsporto für das Buch „Arbeit und Kultur“.....	20,38
Verbandsporto für 6 vier Bänder „Die Geschichte der englischen Arbeiter“.....	80,55
Verbandsporto für das Buch „Bauarbeiterloshung“.....	55,80
persönliche Verwaltung:	
a) Beamtengehälter.....	5385,-
b) Auskünfte im Bureau.....	1144,-
c) Versicherung des Vorstandes.....	127,00
d) Revision.....	58,50
e) Mantelgeld für den Kassierer.....	200,-
f) Verwaltung des Ausstufes.....	100,-
Der Vortr. belegt mit Zinsen.....	445129,70
Für Zinsen von Leipzig belegt.....	1920,-
Summa.....	M. 843621,55

Bilanz.

Einnahme.....	M. 661018,84
Ausgabe	" 643621,54
Stoffenbestand ...	M. 17392,30

Hamburg, den 17. März 1907. F. Lüfter, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsabſchluß iſt von uns revidirt und mit den Kaſſenbüchern und Belegen übereinkommend befunden. Daß Kaſſenvermögen iſt uns nachgewieſen reſp. vorgelegt worden.

Beridite.

Bremen. Um es vorher zu sagen: es ist eine sehr unangenehme Sache, worüber wir heute zu berichten haben. Handelt es sich doch um einen Zwist, anfänglich wohl nur zwischen einzelnen Personen, der sich jedoch schnell zu einem freiführenden Uebel ausgewachsen und schon lange bis zu dringenden notwendigen organisatorischen Thätigkeit eines ganzen Vereins hindert hat. Es ist der Fall Brandt und Lier, der schon zwei Jahre oder länger dem Zweigverein Bremen beizubehalten. In unserem Verbands-

taum jemals eine peinliche Affäre gespielt, als dieser „Ball-Brander“. Ein Abgrund von Bosheit. Gosh, Mann, da war hier vorhanden. Und das empörendste ist, daß diese ganze schmutzige Geschichte das Leben in einem unserer besten Zweigeine, geradezu vergiftet hat. Am 16. März sollte die Angelegenheit vor der Strafkammer des Vorgesichtes kommen, es war ihre endgültige Entscheidung. Aber, sobald die Geschichte überhaupt eine solche, die auch für uns als Entscheidung gelten kann, treffen können. Die Vorgesichte dieses „Ball-“ sei hier noch einmal kurz rekapituliert:

Dr. Brandler, ein geborener Oesterreicher, Maurer und Mitglied unseres Verbandes, hielt sich vor einigen Jahren in Hamburg auf und betätigte sich hier mit Eifer in der Arbeiterbewegung. Besonders widmete er sich den Bildungsbestrebungen. Später erfolgte seine Ausweisung und er ging nun, von den hamburgischen Organisationen mit Geldmitteln unterstützt, nach Bremen. Da er befürchtete, daß man ihn auch in Bremen ausweisen würde, wenn er die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich lenkte, so wählte er hier zunächst unangemeldet. Die bremische Verbandslleitung besorgte ihm Arbeit und Logis und er trat auch zunächst wenig an die Öffentlichkeit. Lange litt es ihn jedoch nicht in dieser Abgeschlossenheit. Ungeachtet der Warnungen wohlmeinender Freunde war er bald sowohl in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung eifrig tätig. Im Zweigverein unseres Verbandes trat er besonders in den Bildungsbestrebungen ein. Bald bildete sich ein gewisser Gegensatz zwischen Brandler und der Zweigvereinsleitung heraus, der in den Versammlungen häufig zu Konflikten führte. Der Gegensatz verstärkte und vertiefte sich immer mehr. Es entstanden Parteien, Klüngeln innerhalb des Zweigvereins, die sich gegenseitig bekämpften. Im Dezember 1905 ließ nun der Bremer Polizei ein anonymes Schreiben ein, das auf die politische Tätigkeit Brandlers hinwies. Der Wortlaut dieses Schreibens ist uns nicht bekannt, aber vermutlich wird auf die Ausweisung Brandlers aus Hamburg angedeutet worden sein. Brandler wurde nun zur Polizei geladen und bei dieser Gelegenheit konnte er das Schreiben in Augenschein nehmen. Er will sich auch einige Ausflüsse daraus abgezeichnet haben. In einer Sitzung des Zweigvereinsvorstandes gab er dies bekannt und sprach als seine Uebersetzung aus, daß es ein organisierter Mauer gewesen sei, der das Schreiben an die Polizei gelandt habe. Von einigen Vorstandsmitgliedern wurden jedoch dagegen Zweifel geäußert und der Kollege Berg beschuldigte Brandler, daß er das Schreiben selber abgelegt und an die Polizei gelandt habe. In einer folgenden Versammlung des Zweigvereins wiederholten, sowohl Brandler wie Berg ihre Behauptung. Aus der Versammlung heraus forderte man Brandler auf, den Namen des Mitgliedes zu nennen, worauf sein Verdacht läste. Hierauf nannte er den Schriftführer Marquardt als den, der nach seiner Meinung als Täter in Frage komme. Das Resultat dieser Polemik war, daß Marquardt gegen Brandler und Brandler gegen Marquardt wegen Beleidigung Verhaftung antrug. In der ersten Instanz wurde Brandler von dem Schöffengericht zu zwei Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Urteil stützte sich hauptsächlich auf die Gutachten der Schreibachverständigen. Hiergegen legte Brandler Berufung ein und die Sache kam am 18. März vor der Strafkammer zur Verhandlung. Da der Bericht des Bremer Parteioorgans über die erste Verhandlung Unrichtigkeiten aufwies, so hatten die Bremer Kollegen den Wunsch geäußert, daß ein Vertreter des „Grundstein“ der Verhandlung beiwohnen möchte. Dem wurde dadurch entsprochen, daß Kollege Winnig zu der Verhandlung entsandt wurde.

Weibe Parteien waren durch einen Rechtsanwalt vertreten, und zwar Brandler durch Rechtsanwalt Abraham und Marquardt durch Rechtsanwalt Sprenger. Als Schriftführer fungierten waren Kalligraph Frisken und Lehrer Kartenberg geladen. Als Zeugen traten mehrere Bremser Verbandsmittglieder und der Kriminalassistent auf, der Brandler seiner Zeit nach Einlauf des fraglichen Briefes vernommen hatte. Brandler stellte es entschieden in Abrede, den Brief geschrieben zu haben. Den Verdacht, daß Marquardt der Schreiber sei, habe er darum gehegt, weil dieser zu der ihm (Brandler) feindseligen Gruppe gehörte habe. Gestärkt sei er dadurch, daß er bei einem Vergleich der Buchstaben, die er sich bei der Vernehmung auf der Polizei aus dem Briefe abgemalt habe, mit anderen Schriftproben von Marquardt eine starke Ähnlichkeit zwischen beiden gefunden habe. Von seinem Verteidiger wurden einige Neujahrskartenzettel überreicht, die Brandler zu Neujahr erhalten hat; sieboten aber weiter keinen Anhalt. Nach der Vernehmung des Angeklagten wurde die Aussage des Parteigenossen verlesen, bei dem Brandler während seines Aufenthaltes in Hamburg gewohnt hat. Sie lautete nicht gerade günstig für Brandler, bot aber auch keine wesentlichen Belastungsmomente. Danach folgte die Vernehmung des Kriminalassistenten. Er bekundete, daß er Brandler das Schreiben zur Einsicht vorgelegt habe, doch hielt er es für ausgeschlossen, daß sich Brandler dabei Notizen gemacht haben könne, wie es dieser behauptete. Ganz bestimmt konnte er es jedoch nicht verneinen. Es folgten dann die Gutachten der Schriftführer. Auf Verlangen des Kalligraphen Frisken mußten beide, Brandler und Marquardt, noch einmal einige Schriftproben ablegen. Kartenberg erklärte mit positiver Sicherheit, daß nur Brandler der Täter sein könne. Marquardt konnte absolut nicht in Frage. Frisken hielt Brandler für schwer befaßt, doch seien die übereinstimmenden charakteristischen Merkmale in dem anonymen Schreiben und Brandler's anderen Schriftproben nicht zahlreich genug, um Brandler mit absoluter Gewißheit als Täter zu bezeichnen. Die Täterschaft - Marquardt's - hielt auch Frisken für ganz ausgeschlossen. Die eingehenden Ausführungen des Frisken blieben leider für die Zuhörer unverständlich, da sie am Gerichtstische gemacht wurden. Der Brief sei mit besterlicher Handschrift geschrieben, doch sei der Schreiber immer wieder in seine natürlichen Schriftzüge zurückgefallen. Gegenüber dem Verteidiger Brandler, der es nicht für ausgemacht hielt, daß der Brief verfaßt geschrieben sei, verplänzt er habe Endverstehe ständige, daß das über alle Zweifel erhaben sei. Es gehöre gar keine große Sachkunde dazu, um das herauszufinden. Die Zeugenaussagen der verschiedenen Ver-

hanskollegen befristeten den bekannten Vergang, wie einerseits Berg resp. Marquardt und andererseits Brandler die Beschuldigungen ausgesprochen haben. Kollege Berg mußte näher Auskunft darüber geben, wie er zu dem Verdacht gekommen sei, daß Brandler selbst die anonyme Denunziation gegen sich eingeleitet haben könne. Er meinte, Brandler habe sich ein Martyrium erwerben wollen, um dadurch gewisse Vorteile durch Unterstellungen zu erlangen. Brandler habe keine Befriedigung in der Ausübung seines Berufes gefunden und habe nach einem bescheidenen Posten in der Arbeiterbewegung gestrebt, um sich selbst beschäftigen zu können. Er habe sich ja auch verschiedentlich um solche Posten bemüht. Der Bremer Logikmeister Brandler bestritt, daß Brandler regelmäßig gearbeitet habe. Den Eindruck, daß sich Brandler als Maurer nicht wohl fühle, habe er nicht gehabt. Sonst müßte er von der Briefgeschichte nichts wissen, als was schon von anderen Zeugen bekannt war. Daß sich Brandler auf dem Polizeibureau einzelne Buchstaben aus dem Briefe abgemalt hat, ist ihm nicht bekannt. Der Privatflieger Marquardt schilderte den Vorgang in der Vorstandssitzung und in der Zweigvereinsversammlung. Die wichtigsten Erklärungen sind dort in aller Ruhe abgegeben worden. Marquardt erklärte, er habe allerdings etwa 14 Tage vor Bekanntwerden des fraglichen Briefes gekündigt, man brauche ja nur einmal eine Karte an die Polizei zu schreiben, um Brandler loszuwerden, aber das habe er sich nicht gedacht und es auch nicht ernst gemeint.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen und es begannen die Reden. Rechtsanwalt Abraham trat mit gutem Geschick für seinen Klienten ein. Die Gutachten der Sachverständigen können er nicht sehr hoch anschlagen. Herrberg habe schon in der ersten Verhandlung Brandler für überflüssig gehalten, es war also sicher, daß er es auch diesmal tun würde. Der zweite Sachverständige habe aber doch schwere Zweifel, der könne Brandler nicht beurteilen. Und es sei dabei noch zu bedenken, daß, als der zweite Sachverständige an die Prüfung heranging, das Gutachten Herrbergs schon vorgelegen habe. Was das Gutachten selber etwas beeinflusst, das sei ganz natürlich. Mehr Bedeutung als den doch immerhin sehr ruhigen Ergebnissen einer Schriftvergleichung müsse man der Frage nach den Motiven der Tat beimessen. Warum habe sich Brandler ausweisen lassen sollen? Um Märtyrer zu werden und dadurch vielleicht einen Posten zu erhalten, könne er es doch nicht getan haben, denn er hätte sich doch sagen müssen, daß die Arbeiterbewegung keine Leute zu Funktionären machen könne, die alle Tage ausgemessen werden könnten. Oder um die paar Mark Unterstützung? Brandler habe doch kaum auf eine hohe Unterstützung rechnen können. Er sei noch nicht lange in Bremen gewesen. In Hamburg seien ihm damals 150 Mark gezahlt worden, das sei ungefähr der dreifache Betrag eines Tagelohnes, wie ihn Brandler verdiente. Man könne Brandler nur dann schuldig sprechen, wenn man ihn für einen ausgemachten Schurken halte. Und dazu reichen denn die Beweise doch nicht. Der Verteidiger beantragte schließlich Aufhebung des Urteils erster Instanz, da auch eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung nicht zulässig sei. Zwar sei der Vorwurf, den Brandler gegen Marquardt erhoben hat, beleidigend, doch es stehe ihm da der § 103 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite und diese Beleidigung sei ja auch kompensiert, da Marquardt denselben Vorwurf gegen Brandler erhoben hat. Der Vertreter des Kollegen Marquardt, der aus den Anklageparagrafen herübergekommenen Rechtsanwalt Sprenger, plädierte für Befristung des erstinstanzlichen Urteils. Es sei doch nicht zulässig, die Gutachten der Sachverständigen so einfach beiseite zu schieben. Einer der Herren sei seit von der Tätigkeit Brändlers überzeugt, bei dem anderen fehle nur wenig daran. Wo so viele charakteristische Merkmale vorliegen, da sei die Schuld Brändlers erwiesen. Marquardt sei durch die heutige Verhandlung völlig von jedem Verdacht gereinigt. Sprenger sprach leider so leise und undeutlich, daß das meiste für die Zuhörer verloren ging. Das letzte Wort erhielt Brandler. Er sagte, er könne dem ganzen Gutachten und allem, was für seine Schuld spräche, nichts weiter entgegenstellen, als seine einfache Beteuerung: Ich bin es nicht gewesen! Er ging dann näher auf seine Lage ein, um darzutun, daß für ihn auch keine Veranlassung zu einer solchen Handlungswahl vorliegen habe. Er habe fortwährend Arbeit gehabt und solle sich mitten im Winter auf die Landstraße weihen lassen! Wo wäre da ein finanzieller Vorteil für ihn gewesen? In seiner nicht unwürdigen Verteidigung machte Brandler auch die unsonbarbare Bemerkung, er habe sich die Gegnerschaft der Bremer Zweigvereinsleitung dadurch zugezogen, daß er befreit gewesen sei, dem Organisationsleben einen höheren Schwung zu geben. Besonders bei den Festen habe er „die toten Saugelinge“, die die Feste der Maurer sonst gewesen seien, befaßt und versucht, künstlerische Grundzüge der Geltung zu bringen. An weiteren Ausführungen wurde er vom Vorsitzenden gehindert, der sie als zur Beweisaufnahme gehörig bezeichnete. Darauf zog sich der Verteidiger zurück. Nach kaum viertelstündiger Beratung verbandete der Vorsitzende das Urteil:

Das Urteil erster Instanz wird aufgehoben, der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten tragen beide Teile.

Aus der Begründung möchten wir zunächst nichts mitteilen, sondern damit warten, bis das Urteil schriftlich vorliegt, falls es sich überhaupt noch als notwendig erweisen sollte. Soviel ganz aus der mündlichen Begründung des Urteils hervor, daß es das Gericht ablehnte, ein Urteil einzig und allein auf Ergebnisse der Schriftvergleichung zu gründen. Andere Beweismittel aber lagen nicht vor und so glaubte das Gericht ein non liquet (dies ist ein ungelöstes Fall) aussprechen zu müssen.

Berlin. Die Session der Gild- und Remontbranche hielt am 22. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriff der Vorsitzende, Kollege Haack, den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr, der sich auf die Zeit vom 11. Januar 1906 bis zum 10. Januar 1907 erstreckte. Der Bericht ist gedruckt erschienen und den Mitgliedern zugestellt.

Kollege Haack besprach darum nur die wichtigsten Punkte. Durch den Abschluß des Tarifvertrages im Jahre 1906 auf zwei Jahre hatten wir in diesem Jahre keine Lohnbewegung. Da wir in unserer Branche eine ganz Anzahl von Unternehmern haben, die fest befristet sind, der Vertrag zu umgehen, so war eine lebhaftige Tätigkeit unserer Kollegen auf den Baustellen zur intensiven Durchführung des Vertrages notwendig. Am 16. Februar 1906 trat für die Gildbranche die achteinhalbstündige Arbeitszeit und am 1. April für alle Kategorien der erhöhte Stundenlohn in Kraft. Mit Ausnahme der Unternehmer, die seit Jahren ständig befristet sind, gegen den Vertrag zu handeln, wurde die achteinhalbstündige Arbeitszeit sowie der erhöhte Stundenlohn qui durchgeführt. Magerständigen Verhöres gegen den Vertrag mußten wir über die Firma Cito Söhne, die Mitglied des Berliner Betonvereins ist, die Geschäftsleiter verhängen. Die Sperre dauerte sechs Wochen und endigte mit vollem Erfolg. Der Unternehmer Söhne rief nun die Schlichtungskommission, die er vorher ignorierte, an und versuchte sich schriftlich, den Vertrag einzuführen, für vier Wochen den zu wenig gezahlten Lohn nachzugeben, sowie alle Arbeitswilligen, die während des Streiks angelaufen haben, zu entlassen. Pöbelhaft waren an dieser Sperre 21 Kollegen, die Kosten betrugen M. 440.90. Wegen Verletzung von Kollegen, die für den Vertrag eintreten, wurde über die Firma Wilsch & Wode eine Sperre verhängt. Nachdem der Unternehmer Wilsch die Schlichtungskommission, die mit ihm verhandeln wollte, schriftlich abgelehnt hatte, legten sämtliche 62 Kollegen die Arbeit nieder. Nach zwei Tagen war die Sperre erlosch, indem der Unternehmer sich bereit erklärte, die entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Neben den Geschäftsleitern hatten wir noch acht Bauherren zu verzeichnen, die alle mit einer Ausnahme nach kurzer Zeit mit vollem Erfolg endigten. Zur Erklärung von Differenzen waren die im Bureau tätigen Kollegen häufig unterwegs. Bei den Verhandlungen handelte es sich hauptsächlich um Verhöre, gegen den Vertrag, um Arbeitszeit, Überstundenarbeit, Streitigkeiten der Kollegen, falsche Bauarbeiten usw. In den meisten Fällen gelang es, die Differenzen zu Gunsten der Kollegen zu schlichten. Die Unternehmungskommission, bestehend aus je einem Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter war ebenfalls des hiesigen zur Regelung von Streitigkeiten und Differenzen auf den Bauten tätig. Die Schlichtungskommission erledigte in 8 Sitzungen die zur Verhandlung stehenden Punkte, die in der Hauptsache Verhöre gegen den Tarifvertrag betrafen; 8 Sitzungen fanden vor dem Eingangsamt des Berliner Gewerkegerichts statt, da eine Einigung in der Schlichtungskommission betreffs des § 2 des Vertrages, der die Lohnzahlung, und des § 7 Abs. 1, der die Fahrt- und Kautions- und das Fahrgehalt regelt, nicht erzielt werden konnte. Am 22. Mai wurde von unserer Section eine Vorkontrollen veranstaltet. Kontrollierten wurden 455 Baustellen mit 2337 Kollegen, davon waren 2648 organisiert. Die geschätzten Angelegenheiten der Section wurden in 8 General-, 27 Gruppen- und 63 Bezirksversammlungen erledigt. Zwei Generalversammlungen beschäftigten sich mit einem Antrag der Gruppe der Zementierer wegen Wiederaufnahme der Hilfsarbeiter in unsere Organisation. Dieser Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt und beschloß, einen dementsprechenden Antrag dem nächsten Verbandstag zu unterbreiten. Eine Versammlung beschäftigte sich mit der Neubewertung der Kautionsfrage, wobei eine Resolution angenommen wurde, in der die Kollegen aufgefordert werden, mehr als bisher auf die Zuneigung der Verwaltungen der Baupolizeibehörde vom 1. Oktober 1901, betreffend Bauarbeiter, zu achten und jeden Verstoß dagegen der Section mitzuteilen zu melden. Eine andere Versammlung nahm Stellung zum 9. Verbandstag. Eine gemeinschaftliche Versammlung der Enklaturen, Mayburger und Spanner verhandelte über die Affordarbeit der Enklaturen im Mayburger. In den Gruppen und Bezirksversammlungen wurden 64 Vorträge gehalten, davon behandelten 39 ein politisches und 25 ein gewerkschaftliches Thema. Die Versammlungen waren im Durchschnitt nur mäßig besucht. Zur Erklärung der internen Angelegenheiten der Section wurden ferner abgehalten: 19 Vorstandssitzungen, 5 Obere, 3 erweiterte und 56 Bezirksitzungen. Zwei Sitzungen fanden am dem Vorstand der Enklaturen und eine mit dem Vorstand der Bauarbeiter statt. In 7 Sitzungen wurde über die vorhandenen Mängel bei den einzelnen Firmen gesprochen und für Abheilung dieser Mängel die Sorge getragen. Den Klassenbericht gab der Kollege Derfel. Die Jahresrechnung belief sich auf M. 79.468.95, die Ausgabe auf M. 82.74.49, so daß in der Kassa ein Bestand von M. 16.723.46 verblieb. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1906 2704. Durch den Arbeitsnachweis der Section wurde im Berichtsjahr für 294 Kollegen Arbeit vermittelt, darunter waren 594 Püger, 825 Spanner, 290 Träger, 192 Zementierer, 436 Einschaler und 487 Hilfsarbeiter. Am Jahresabschluß waren 103 Kollegen im Nachweis als arbeitslos eingetragen. Mit der Tätigkeit des Vorstandes und dem Bericht des Kassierers und der Revisoren erklärte sich die Versammlung einverstanden; dem Vorstande wurde einstimmig Danksagung erteilt. Weiter wurde ein Antrag der Revisoren angenommen, dem ersten Kassierer ein Monatslohn von M. 45 und den Revisoren ein solches von 1/10 d. i. ihrer Einnahmen zu gewähren. Ein Antrag des Kollegen Wilhelm Leum, die Generalversammlung, in der der Geschäfts- und Klassenbericht gegeben wird, erst dann abzuhalten, wenn sich der gedruckte Geschäftsbericht in den Händen der Mitglieder befindet, wurde einstimmig angenommen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung: Neuwahl der im Bureau tätigen Kollegen, wurde in gebührender Wahl zum ersten Vorsitzenden der Kollege Haack mit 303 Stimmen gegen 87, die auf den Kollegen Grundmann fielen, wiedergewählt. Zum Kassierer wurde der Kollege Derfel mit 302 Stimmen gegen 63, die auf den Kollegen Hähne fielen, ebenfalls wiedergewählt. Der Tarifschlichtungskommission gehören die Kollegen Duo Haack, Wilhelm Frigold und Rudolf Grundmann an. Des weiteren wurden von der Versammlung die in den einzelnen Bezirken gewählten Bezirkskassierer beauftragt. Unter „Beschiedenes“ beschloß die Versammlung, den Spanner Emil Marx auf seinen Antrag hin wieder aufzunehmen.

Ergebnis. Sonnabend, den 8. März, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Zunächst erläuterte Kollege Delet den Klassenbericht, worin u. a. angeführt wurde, daß in der Kartellierung beantragt, den Beitrag von 10 auf 20 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Diefem Antrag wurde zugestimmt mit der Bedingung, daß das Gewerkschaftsstatut die Kosten für die Bauarbeiterbeschäftigung zu übernehmen hat. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über unsere Lohnforderung. Von den Unternehmern wird folgendes Angebot gemacht: Vom

1. April d. J. 55 $\frac{1}{2}$, vom 1. Januar 1908. 60 $\frac{1}{2}$; die vierzehntägige Lohnzahlung bleibt bestehen. Erfordert wurde achtstündige Lohnzahlung, neunzehnstündige Arbeitszeit und 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. In der Diskussion wurde für Ablehnung dieses Angebots gesprochen. Es wurde beschloffen, die Unternehmer aufzufordern, mit uns mündlich zu verhandeln. Sodann erstattete der Vorsitzende, Kollege Woz, Bericht über die Konferenz in Etade. Er führte den Kollegen vor Augen, wie die Unternehmer rufen und dahin streben, unsere Organisation zu vernichten. Es sei deshalb notwendig, unsere Kräfte zu stärken, damit wir den Schmachtmachern entgegenzutreten könnten, wenn sie uns mit ihrer Machtprobe kommen. Nach längerer Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden. Alsdann wurde der Kollege Woz als Delegierter zur Konferenz gewählt.

Freiburg i. B. Nach langem, strengem Winter ist auch hier endlich der Frühling wieder ins Land eingezogen, der für die Maurer und Bauhandwerker Arbeitsgelegenheit und Verdienst bringen soll. Leider ist die erhoffte Arbeitsgelegenheit für Freiburg nicht vorhanden, sondern es herrscht hier eine sehr große Arbeitslosigkeit, die noch mindestens zwei Monate anhalten wird. Es besteht hier neben unserer Organisation auch ein Zweigverein der christlichen Bauhandwerker. Die Maurer, die der christlichen Organisation angehören, sind dieselben, die vor dem Streik 1905 der Freien Maurervereinigung (genannt Christlicher Verein) angehört. Der christliche Bezirksleiter Rott hat öfter schon öffentlich betont, daß die christliche Organisation gerade dazu berufen wäre, aus dieser Sorte von Menschen erlöse und brave Mitstreiter für die gerechte Sache der Arbeiter zu machen. Wie weit diese Erregung geblieben ist, ist aus folgendem zu ersehen. Es wird nämlich hier ein neues Theater gebaut, das die Firma Helfmann Attien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. ausführt. Man sollte nun glauben, daß es dem Herrn Rott gelungen wäre, in dem Zeitraum eines Jahres aus den Maurern, die 1905 zu Verdrätern wurden, christliche und brave Mitstreiter für die gerechte Sache der Maurer zu machen. Doch weit gefehlt! Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die momentan hier herrscht und die die Unternehmer reichlich auszunutzen suchen, schliegen diese auch solchen heimliche Verbindungen mit den Unternehmern, indem sie von auswärts christliche Maurer hierher kommen lassen, um, weil sie hier nicht soviel Mitglieder haben, den Theaterbau besetzen zu können und dadurch unsere Kollegen arbeitslos zu machen. Um dies Bündnis durchzuführen, wird den Arbeitsuchenden von den Vereinen die Frage vorgelegt: Seid Ihr organisiert? Wird die Frage bejaht und gehört der Arbeitsuchende unserem Verbande an, so heißt es: Geht zum Wolff, der soll Euch Arbeit geben. Ist der Arbeitsuchende aber der christlichen Organisation angeschlossen, dann wird er eingetellt. Wir stellen deshalb das Erjuden an die hiesige Behörde, Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, und tragen dabei die Einstellungsspraktiken der Firma Helfmann vor. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Winterer hat dann Untersuchung in dieser Angelegenheit angeordnet, um durch Anhörung beider Beteiligten festzustellen, ob unsere Angaben auf Wahrheit beruhen. Der Bauführer der Firma bestritt unsere Angaben. Wir glauben auch, daß der Bauführer wenig von dem weiß, was seine beiden Poliere treiben. Auf Anraten der hiesigen Behörden stellt jetzt der Bauführer die Arbeiter selbst ein. Wenn der Bauführer unsere Angaben vom 4. März bestritt, so wird er, wenn er die Wahrheit liebt, sie heute nicht mehr bestritten. Er selbst verspricht, dem Herrn Bürgermeister, bei Einstellung der Arbeiter nicht nach der Organisation zu fragen und bei Bedarf von Arbeitern erst die am Orte Anwesenden zu berücksichtigen. Das war am 4. März. Den Arbeitern, die am 4. und 5. März um Arbeit nachfragten, wurde erklärt, es würde bis Mitte nächster Woche niemand mehr eingestellt. Am 6. März, Morgens, fand sich ein von den Christlichen Herbeigerufenen ein, der sich etwas verspätet hatte, denn er sollte schon am 4. März eintreffen. Jetzt war guter Rat teuer. Wie das dem Herrn Bürgermeister gegenüber gegebene Versprechen halten, wo doch der Zugereifte mit Empfehlungs-schreiben von der christlichen Organisation ausgestattet war. Der Bauführer war nicht gleich an der Baustelle, und so wartete das empfindliche Schicksal, bis derselbe kam. Als ihm (dem Schicksal) jedoch die Zeit so lang wurde, ging es auf die Straße und stellte sich zu unseren Kollegen, die ihn dann aufsuchten. Doch der Christliche ließ kein Wort fallen, bis plötzlich noch ein Christlicher hinzukam und ihm ins Ohr raunte: Das sind ja lauter Rote, bei denen du bleibst. Beide gingen dann zusammen fort und ließen die Rote stehen. Als sie ein Stück des Weges gegangen, zeigte der Zugereifte eine Karte, durch die ihn der Vorsitzende der christlichen Organisation hierher rief, und dann ein Empfehlungsschreiben an die Herren Poliere. Als ihm der andere sagte, es würden vor Mitte nächster Woche keine Maurer eingestellt, erwiderte er: Ja, das muß geheim gehen, damit es die Rote nicht merken. Ich muß zum Bauführer ins Bureau, und dann kommt der Vorsitzende lang auch, hinein, dann erst werde ich eingestellt. Dies wollte jedoch der andere nicht glauben. Er blieb darum bei seinem Kollegen stehen, bis der Bauführer kam, wo dann tatsächlich die Einstellung erfolgte. Damit der Bauführer, uns dies nicht wieder abirret, sei ihm der Name des christlichen Maurers mitgeteilt. Er heißt Sedel und ist von Speichingen. Es soll und muß jeder Mensch, der nicht schlau genug in der Wahl seiner Eltern war, arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben; deshalb sind wir auch seinem Arbeiter 608, wenn er von auswärts nach Freiburg kommt, um sein Brot zu verdienen. Doch wenn eine solche Gesellschaft, die sich Arbeiterorganisation nennt, bei einem Überangebot von Arbeitskräften noch Arbeiter von auswärts herbeilodt und die einheimischen Arbeiter dadurch brotlos macht, so ist das echt christlich. Eine Ehre ist es für die Christlichen gewiß nicht, wenn die Unternehmer und Poliere die Maurer ausfinden, in die christliche Organisation eingutreten und ihnen dann 44 $\frac{1}{2}$ und 45 $\frac{1}{2}$ auszubezahlen, wo doch der Tarif auf 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn lautet. Helfen wird es den „Christen“ nichts, wenn sie in Italien durch den Polier Ambrosius, der der christlichen Organisation angehört, für 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn Maurer nach Freiburg suchen mit

der Bedingung, sich christlich zu organisieren; die durch Vorpiegelung falscher Tatsachen herbeigeführt werden können. Wenn sie hier angekommen sind, den vergebens nach Arbeit suchenden Kollegen ausstellen. Da wird selbst der von Oberhausen in Weiskirchen beschriebene italienische christliche Agitator Marbi nichts nützen. Durch eine solche Erzählung wird eben ein Streitbrecher sein eifriger Wirtstreiter für die gerechte Sache, sondern er ist und bleibt ein Verräter.

Greene. Die Sonntag, den 24. Februar, in Weiskirchen: bei Ganderstheim abgehaltene Versammlung war ziemlich gut besucht. Als Referent war Kollege Barnhart aus Hannover erschienen, der in treffenden Worten die wirtschaftliche Lage der Bauhandwerker schilderte und besonders die Vorteile hervorhob, die eine fräftige Organisation für die Arbeiter hat. Bezüglich unserer Lohnforderung scheinen die Unternehmer mit unserem Verband nicht in Verhandlung treten zu wollen, denn auf unsere Eingabe, worin bis zum 1. März um Antwort ersucht wurde, ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt. Jedoch haben sich die Meister dahin ausgesprochen, den Lohn ab 1. April von 80 auf 82 1/2 pro Stunde zu erhöhen. Auf die anderen Punkte unserer Forderung wollen sie jedoch auf keinen Fall eingehen. Keinesfalls können wir auf dies Angebot eingehen.

Dufum. In der Mitgliederversammlung am 5. März erfolgte nach Regelung der Kassengeschäfte die Besprechung des Ertragsbeitrages für das Jahr 1907. Man war allgemein der Ansicht, daß der Beitrag, so wie ihn der Verbandsvorstand beantragt, für die kleineren Zweigvereine etwas zu hoch gegriffen ist. Daher wurde beschlossen, unseren Delegierten zu beauftragen, daß er auf dem Verbandstage die Ansicht vertrete, daß der Ertragsbeitrag für die kleineren Zweigvereine etwas niedriger gesetzt wird, als der Hauptverband beantragt. Sodann wurde darauf hingewiesen, daß am 6. und am 12. März bei Grebe, Süderstraße, öffentliche Versammlungen stattfinden, wo lehrreiche Referate gehalten werden. Hierzu machte der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, als Beauftragter der Lohnkommission bekannt, daß der neue Lohnstarif an sämtliche Unternehmer und an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes geschickt sei. Die Antwort sei bis spätestens 16. März erbeten worden. Weiter wurde beschlossen, als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung „Die Maifeier“ zu setzen.

Kellheim. Am 5. März tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Carl aus Münden referierte über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie notwendig heutzutage ein enger Zusammenhalt der Arbeiter sei, um ihre Lage verbessern zu können. In kurzen Urteilen schilderte er die Entwicklung und die Erfolge des Maurerverbandes in Süd-Bayern und ermahnte die Kollegen, mit Ausdauer und Willenskraft an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten. Der Beifall der Kollegen zeigte, daß Kollege Carl ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Mögen die Kollegen die Worte nicht vergessen und ihre Pflicht als organisierte Arbeiter erfüllen.

Kronach. Sonntag, den 24. Februar, tagte in unserem Bezirkslokal unsere monatliche Mitgliederversammlung. Zunächst wurde beschlossen, am 10. März eine Vorstandssitzung abzuhalten, in der über die bei der Agitation einzuschlagende Taktik beraten werden soll. Dazu haben sich einzufinden die Vorstandschaft, die Referenten, die Hilfskassierer und die vier Mann starke Agitationskommission. Ferner wurde beschlossen, bei Gelegenheit der Frühjahrssitzung eine genaue Zählung der baugewerblichen Berufsarbeiter vorzunehmen und die vom Kollegen Schönstein angestrichelten Zählungsscheine gewissenhaft auszufüllen. Bezüglich der Mafregelung des Kollegen Bauernschäfers wurde beschlossen, bei dem Verbandsvorstand den Antrag zu stellen, dem Kollegen Bauernschäfers zur zwei Wochen Mafregelungsunterstützung zu gewähren. Anlässlich eines Sterbefalles wurde auf Antrag beschlossen, daß bei der Beerdigung eines Verbandsmitgliedes sich alle organisierten Kollegen an der Leichenfolge zu beteiligen haben. Die Kranzgebende erhält jeder, und wenn er auch nur kurze Zeit dem Verbandsangehörte. Wenn ein verstorbenen Kollege nicht anderen Vereinen angehört hat, die das Trägerrecht für sich beanspruchen, so haben dazu bestimmte organisierte Kollegen als Leichenträger zu fungieren. Bezüglich der Bundesratsverordnung, betreffend das Arbeiten auf Steinbauwerken, wurde auf Antrag beschlossen, durch den Kartellvorstand, Genossen Seelmann, der anwesend war, und sich auch bereit erklärte, folgendes Gesuch an das Bezirksamt Kronach zu richten: 1. Das königliche Bezirksamt möge im Amtsblatt unter Hinweis auf die §§ 2, 4, 6, 9 und 10 der Verordnung und unter Entfaltung im Uebertretungsfalle die Unternehmer zur strikten Einhaltung der Verordnung auffordern. 2. Wenn ein Unternehmer auf die im § 9 Abs. 3 bezeichnete verlängerte Arbeitszeit von 14 Tagen nachsucht und das Gesuch bewilligt wird, so muß dies mit Angabe des Datums, bis wann das Gesuch genehmigt wurde, durch ein Plakat auf den Werkplätzen für jedermann sichtbar angeschlagen werden. 3. Ersuchen wir, alle abgeklärten Submissionen mit dem Vorschlag und der Auf- und Abgebote, soweit Beuten im Zirkel Kronach in Betracht kommen, im Amtsblatt bekannt zu geben. Hierzu wurde bekannt gegeben, daß die Unternehmer von Kronach in einer Versammlung beschlossen haben sollen, die organisierten Maurer und Steinhauer in diesem Frühjahr auszusperren. Dazu wurde beschlossen, im „Grundstein“ sowie im „Steinhauer“ bekannt zu geben, daß Zugung von Kronach ferngehalten ist. Ferner wurde beschlossen, von jetzt ab alle Mitgliederversammlungen in den Versammlungsberichten und im Versammlungsanzeiger bekannt zu geben. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 31. März, Nachmittags 2 Uhr, statt; die weitere Bekanntgabe erfolgt im „Grundstein“ Nr. 12. — Zugung von Maurern und Steinhauern ist nach Kronach wegen geplanter Aussperrung der organisierten Kollegen streng fernzuhalten; besonders eruchen wir die Kollegen von Sulzbach, unter den Indifferenten dahin zu wirken, daß sie Kronach solange meiden, bis wir den Zug wieder freigeben.

Leipzig. Die Mitgliederversammlung am 12. März im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Betreffs Erhöhung der Beiträge wurde bestimmt, die Befähigten des kommenden Verbandstages abzuwarten. Ferner wurde geneigt, daß viele Maurer Mahlpurkarbeiter für Maurerelohn ausführen. Kollege Verthold versprach, auflärend bei den in Frage kommenden Maurern zu wirken.

Alfa I. V. Am 7. März fand im Vereinslokal des Herrn Matyschek die allgemeine Monatsversammlung statt, an der aber leider nur 34 Kollegen teilnahmen. Der Vorsitzende bedauerte dies sehr. Nachdem der Kassierer die Abrechnung des vierten Quartals vorgelesen hatte, referierte Kollege Möller über die Frage: Wie betreiben wir unsere diesjährige Agitation? Er forderte die Kollegen auf, fest und standhaft zu agitieren, wie alle Jahre. Zur Flugdriftverteilung hatten sich mehrere Kollegen freiwillig gemeldet. Ferner sprach er darüber, daß im Jahre 1908 die Unternehmer von Kofen und Schleien zusammenzutreten würden, um sämtliche Kollegen auszusperrten. Um den Unternehmern energisch entgegenzutreten zu können, und den Kollegen beifriedigend zu sein, wurde der Verbandsvorstand beauftragt, eine Extrasteuer auszuschreiben, die aber nur für eine bestimmte Zeit zu zahlen sei. Zum Schluß wurden noch verschiedene kleinere Sachen besprochen; darauf folgte der Vorsitzende die Versammlung.

Ludwigshafen. Ein neuer Zweigverein wurde am 9. März in Ludau gegründet. 23 Kollegen haben sich dem Verein angeschlossen, die alle das Bestreben haben, die noch ausbleibenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Es sind das noch über 60 Kollegen, die sich unbedingt organisieren müssen, wenn in diesem Bezirk die hier beschriebenen niedrigen Klassenlöhne von 24 bis 35 1/2 eine Erhöhung erfahren sollen. Als Vorredner wurde Kollege Wöhrer, wohnhaft in Weidau, als Kassierer Kollege Gemmann gewählt. Alle Monate soll eine Versammlung stattfinden, und zwar an jedem ersten Sonnabend. Kollege Kemme aus Eudern, der sich um die Gründung des Vereins sehr bemüht hat und gute Anregung über den weiteren Ausbau gab, forderte zum Schluß die anwesenden Kollegen auf, alles daran zu setzen, um in nicht allzu langer Zeit dahin gelangen zu können, 40 1/2 Stundenlohn von den Unternehmern mit Erfolg zu fordern.

Mülheim-Oberhausen. (Christliche Seelenverkäufer.) Die Unternehmer im Baugewerbe zu Mülheim a. d. Ruhr haben am Schluß des vorigen Jahres einen Arbeitsnachweis gegründet. Daß solche Einrichtungen in den Händen der Unternehmer nichts anderes als Mafregelungs- und Streikbrecherbureau sind, ist jedem, der die Anfangsbegriffe der gewerkschaftlichen Praxis versteht, klar. Wenn diese Verkörperungen von den Schmarotzern allein ausgeben, kann man das, als im Stilleninteresse dieser Leute liegend, verstehen. Wenn aber Leute, die vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, diese Institutionen noch protegierten und gutheiften, so sollte man es kaum für möglich halten. Und trotzdem ist es so. Unsere Ansicht ist es, diesen Verrätern an der Arbeiterkraft die Mafke vom Gesicht zu reißen, und dieses soll der Zweck der nachfolgenden Zeilen sein. Schon im vorigen Jahre erklärte der „christliche“ Lokalbeamte Richter in Oberhausen: „Verlaßt Euch darauf, im nächsten Jahre spielt Ihr nicht mehr die erste Rolle bei Mülheimburg und überhaupt in ganz Mülheim!“ Wer die Mülheimer Bauhandwerker kennt, weiß, daß diese für die „Arbeiter in Christo“ nicht viel übrig haben. „Christi“ ist also nicht aus geraden, dann geht es eben auf trümmigen Wegen,“ dachten unsere „Zentrumsdrüsen“. Und wie gedacht, so getan. Inwiefern sie zur Gründung des oben genannten Arbeitsnachweises beigetragen haben, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit feststellen. Innerhalb der Ansprüche Richter und die Agitationsweise Vieffers, Richters und Konjoren charakteristisch genug. Daß diese Leute trotz allen Alibis und noch wirklich mit den Unternehmern paktieren, beweist ein Zettel, der uns in die Hände gefallen ist. Dieser Zettel enthält auf der einen Seite die Namen der „christlichen“ Ortsratskandidaten und die Adresse des „christlichen“ Vorstehers in Mülheim a. d. Ruhr: A. Bös, Schillerstr. 5 (soll heißen: Weststraße). Die andere Seite enthält die folgenden Worte:

Herrn V. P. 1. Adressen Sie bitte noch dem Maurer ein ftehen? In der V. 1. Das Kreuz soll heißen: „Christlich.“ D. Verleitet (Haupt).

Arbeitsnachweis Hofstraße 15 (Stempel).
Vernh. Richter, Oberhausen, Mld.

Mit diesem Bild versehen, ging ein Kollege von unserem Verbands nach dem Arbeitsnachweis der Unternehmer, der von Geb. Brandts in Mülheim, Hingbergstraße, verwaltet wird. Auf einfaches Anfragen nach Arbeit wurde ihm mitgeteilt, daß seine Leute angesetzt würden. Die Situation aber änderte sich sofort, als er vorgezeichneten Zettel vorgelegte. Wie elektrifiziert sprang der gute Mann an das Telefon und fragte bei verschiedenen größeren Firmen an. Sofort konnte unser Kollege Arbeit erhalten, bei Mülheimburg sogar mit einer Kolonne von acht Mann. Es erübrigte sich ihm eigentlich, noch länger darüber zu reden. Die Schlußfolgerung dieser Menschen liegt klar zu Tage, aber trotzdem haben sie die Einnahme und behaupten, daß sie den Arbeitsnachweis nicht anerkennen. Auf welche Weise dies aber gemacht wird, zeigt obiger Fall und die Aufforderung in Nr. 10 der „Baugewerkschaft“: „Zugung nach Mülheim erwünscht.“ Jedermann in Mülheim weiß, daß die Arbeitsnachweise nicht günstig ist und daß Leute genügend vorhanden sind, um die vorhandenen Arbeiten auszuführen. Aber in echt „christlicher“ Unverstand denkt man, das Gebiet zu überflutet, damit die Unternehmer drogenhaft auf ihren Einnahmen bestehen können. Wir-Häse dieser christlichen Kreaturen verurteilt man, die so schwer gehaltenen Zentralverbände, die bis jetzt einzig und allein für die Aufrechterhaltung des Tarif in Mülheim gelobt haben, an die Wand zu drücken. Was stimmt diese Sorte Arbeiterinteressenvertreter das Wohl und Wehe der Gesamtarbeiterschaft, wenn sie nur ihrem Galt gegenüber der freien Organisation freien Lauf lassen können! Waren es nicht dieselben Mafker, die im vorigen Jahre in Oberhausen, wo die Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen war, nach Zugung verlangten, während wir im „Grundstein“ vor Zugung warnten? Es fällt uns wirklich schwer, an die Christlichkeit dieser „eifrig christlichen Zermürer“ zu glauben und bei eventuellen Lohnfreiheiten mit Zenten, deren Moral einen doppelten, ja dreifachen Boden hat, Hand in Sand zu geben. Das eine sei aber dieser Gesellschaft gesagt:

wenn sie von allen christlich denkenden Elementen mit Verachtung gestraft werden, so sollen sie sich nicht über Unbillbarkeit beklagen, sondern sollen bedenken, daß es die Früchte sind, die ihre Schandtat haben reifen lassen. Unsere Kollegen fordern wir aber auf, den Arbeitsnachweis für Maurer und Bauhilfsarbeiter in Oberhausen, Grenzstraße 160, zu denugen.

Job. Werner.

Musau. Der Zweigverein Musau hielt am 15. März eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Söer aus Görlitz sprach über das Thema: Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage? Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Sechs Kollegen traten der Organisation bei. Zu der darauf folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Sommer als erster, Stoltz als zweiter Vorsitzender und Kollege Adam als Stellvertreter gewählt. Erfreulich ist, daß sich auch in unserem Ort, der so lange rüdtändig und vergessenen in unserer Bewegung war, die Kollegen jetzt endlich auftrafen und auf ihre Organisation sich besinnen. Unsere Mitgliederzahl stieg von acht im vierten Quartal 1906 auf 33. Goffen wir, daß die Kollegen auch ferner treu zu unserer Kasse halten, dann werden auch wir hier endlich in der Lage sein, mit anderen Orten gleichen Schritt zu halten.

Schlesien. Auch in der dunkelsten Ecke des ober-schlesischen Industriegebietes ist es uns gelungen, am 3. März einen Zweigverein zu gründen. Als vor zwei Jahren in den nicht weit voneinander liegenden Orten Antonienhütte und Viefchowitz Bahnhöfen errichtet waren und diese recht gute Fortschritte machten, kam einige Wochen später auch der christliche Gewerkschaftsführer, der neu angestellte Sekretär Egerhart, um wie der böse Feind Unkraut zwischen den Weizen zu säen. Die ersten Schritte lenkte er natürlich zum Varrar nach Antonienhütte, um mit seiner Hilfe zu einem Versammlungstotal zu gelangen. Dies war eines guten Freitags, und am Sonntag wurde schon von der Mangel bekannt gemacht, daß am nächsten Sonntag eine christliche Bauhandwerkerversammlung stattfinden würde; in welchem Lokale, wurde nächsten Sonntag bekannt werden, was auch geschah. Die Versammlung fand statt und viele Bauhandwerker waren dazu erschienen, denn der Frischgang war trotzdem nicht lobend, denn wir hatten nicht geschlafen und waren auch zur Stelle. Wir setzten den Kollegen den Wert des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands auseinander und wiesen darauf hin, was er bisher geleistet habe. In der reichen Provinz Deutschlands, in Schlesien, seien immer die erbärmlichsten Löhne gezahlt worden. Dies sei erst anders geworden, nachdem wir uns dem Verbandsangehörten hätten; mit seiner Hilfe sei es uns gelungen, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Unsere Agitation hatte zur Folge, daß sich die Mitgliederzahl unseres Verbandes ständig vergrößerte, die der „Christen“ aber immer kleiner wurde, so daß in ihrer vierten Versammlung nur noch vier Maurer erschienen waren, bei 400, die in dem Bezirk arbeiten. Jetzt ist nun aus unseren Bahnhöfen ein Zweigverein des Verbandes gebildet worden. Zum Vorstehenden wurde der frühere Vertrauensmann von Viefchowitz, Kollege Anton Was, und zum Kassierer der frühere Vertrauensmann von Antonienhütte, Kollege Ignaz Lindner, gewählt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der in diesem Bezirk Beschäftigung findet, und deren gibt es hier sehr viel, sich an- und abzumelden. Es geschieht dies entweder bei den Hilfskassierern oder jeden Sonntag bei Herrn Wohl im Verbandsbureau von 11 bis 1 Uhr.

Schnabrück. Am 24. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Zunächst referierte der Vorsitzende die Berichte vom Gewerkschaftslokal und von der Bauarbeiterkommission. Ueber die Bauarbeiterkommission entstand eine lebhaft Debatte, da die Bauhilfsarbeiter weniger Bezahlen als die Maurer, obgleich ihre Mitgliederzahl größer ist, als die der Maurer. Um dieses zu regeln, beklagten die Mitglieder der Bauarbeiterkommission den Auftrag, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen. Mit dem Antrag des Verbandsvorstandes, betreffend Erhöhung der Beiträge, wurde die Versammlung einstimmig einverstanden. Es wurde Beschwerde erhoben, daß bei der Firma Fienke vier Kollegen in Akkord ruhen. Beschlossen wurde, die Akkordarbeit als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Hierzu wurde einstimmig beschlossen, den Hilfskassierern Zeitungsmappen zu liefern.

Am 3. März tagte in Schlebachhausen eine öffentliche Maurerverversammlung, in der unter Vereinsvorsitzender über die Bedeutung der Organisation referierte. Nach dem Vortrage sprachen die Kollegen den Wunsch aus, daß in Schlebachhausen eine Zählstelle errichtet werden möchte. Diesem Verlangen wurde sofort Rechnung getragen und die Leitung der Zählstelle gewährt. Mit dem Wunsche, daß die Zählstelle gut gedeihen möge und mit einem dreifachen Voch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung in Schlebachhausen wird am 24. März, Nachmittags 4 Uhr, in demselben Lokale stattfinden.

Sau Chen. In Deutsch Schiau fand Sonntag, den 10. März, eine gut besuchte Maurerverammlung statt. Sie war durch die Gnade der Unternehmer, die gern die Lohnforderungen der Maurer wissen wollten, zu stande gekommen. Consi ließen den Kollegen die Säle nicht zur Verfügung; denn die Behörde sieht es nicht gern, daß die Arbeiter zusammenkommen. Zu dieser von Unternehmern Angaben zu stande gekommenen Versammlung war auch Kollege Schwarz erschienen. Er setzte den Kollegen in längeren Ausführungen die Bedeutung des Zusammenschlusses der Arbeiter für ihre eigenen Interessen und für die Kultur im allgemeinen auseinander. Während der Rede des Kollegen Schwarz stellte sich auch der Kreisbaurat Freinboth in der Versammlung ein und meldete sich in der Diskussion zum Wort. Dem Herrn Baurat gefielen die Ausführungen von Schwarz nicht, sondern er meinte, daß der Redner nur alles grau gemalt hätte, und daß es den deutschen Arbeitern nicht so schlecht gehe; er wäre im Auslande gewesen und hätte gesehen, daß es dort den Arbeitern viel schlechter gehe als in Deutschland. Auch brauche nicht alles von unten verbessert zu werden, wie der Referent ge-

meint hätte, sondern heute jorge die Regierung schon genügend für die Arbeiter. „All die Freizeitschreie, wie Vereinsleben usw., brauchen wir heute nicht mehr. In seinen Studentenjahre hätte er auch für diese Freizeiten gesorgt, aber heute sei er der Meinung, daß es besser ist, wenn sich die Arbeiter auf die Regierung und die Unternehmer verlassen. Der Herr hat es nämlich inzwischen auf 12 000 Gehalt jährlich gebracht. Also soviel, wie 20 Arbeiterfamilien zusammen erhalten. Da unsere Mitglieder von der gerühmten Fürsorge der Regierung und Unternehmer noch nichts gemerkt hatten, sondern nur etwas durch Selbsthilfe erreicht haben, so machten sie recht verdächtige Gesichter. Als Kollege Schwarz das Wort erhielt, um die zweifelhaften Ausführungen des studierten Herrn zu widerlegen, hatte dieser keine Zeit mehr, sondern wählte den beliebigen Teil der Tageszeit und rüde aus. Hierauf meldete sich noch ein Kollege aus Wintelsdorf zum Wort und meinte, daß der Baurat wohl nicht durch Zufall gekommen sei, denn ihm hätte der Herr Herrmann schon die Tür eingetauscht und erzählt, daß ihm (dem Baurat) der Landrat geschrieben hätte, daß die Maurer alle dem sozialdemokratischen Verband angehörten und daß es doch besser sei, wenn sich die Maurer einen christlichen Verband gründeten. Als der Kollege dem Baurat antwortete, daß der Herr Baurat doch einen christlichen Verband gründen möchte, meinte der Herr, daß er sich nicht dabei fassen wolle, sondern daß es besser sei, wenn es der Kollege mache. Er, der Baurat, würde alles Nötige besorgen und auch bei den schriftlichen Arbeiten behilflich sein. Auch stelle der Herr Baurat gern seinen Sekretär zur Verfügung. Auch der Herr Superintendent in Deutsch Eylau konnte sich nicht bermeiden, der Frau des Vorsitzenden wegen der Tätigkeit ihres Mannes eine Gardinenpredigt in der Kirche zu halten. Was diese Herren sich abplagten, um den Zentralverband der Maurer zu vernichten! Sollten sie wirklich für ihre großen Geschäfte nichts Besseres zu tun haben? Oder üben diese Herren ihre Tätigkeit im Interesse des Reichslügenverbandes aus. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, den Unternehmern die Lohnforderung von 46 3 pro Stunde zu unterbreiten.

In Braunsberg (Ostpr.) haben die sogenannten Christen während der Auspersung der Maurer und Zimmerer im vorigen Jahre einen Streikbrecherverein gegründet; nun wollen die Unternehmer die Maurer zwingen, diesem gelben Verein beizutreten. Um diesen Zweck leichter zu erreichen, mißbrauchen sie die Drückkraft der Arbeiter. Die Streikbrecher der Ostpr. führt auch den Arbeitsnachweis, und wer dem Streikbrecherverein nicht angehört, erhält keine Arbeitskarte. Also man sieht hier wieder, daß es nicht die Arbeiter sind, die die Arbeiterklassen zu terroristischen Zwecken mißbrauchen, wie immer die nationalen Ordnungsmittel mißbrauchen, sondern, daß es die Unternehmer und ihre Trabanten sind. Die Arbeiter werden aber bei der nächsten Wahl dafür sorgen, daß diese Elemente nicht wieder in den Vorstand kommen und sich noch mit den Arbeitergrößen die tun können, sondern daß die Posten mit Arbeitern besetzt werden. Da die Unternehmer auch schon wieder Dumme in der Provinz suchen, obgleich die am Orte Unfähigen noch feiern, ist es Pflicht jedes anständigen Kollegen, Braunsberg einzuflecken zu meiden.

Auch in Memel hat der braunschweigische Maurer und gelbe Sekretär Schönlank aus Königsberg die Streikbrecher organisiert. Zum Dank dafür haben die Unternehmer so einen richtigen Streikbrechervertrag mit dieser Gesellschaft abgeschlossen. Die konservativen Zeitungen begnügen diese Tat mit Jubel. Die Maurer werden aber ihre Angelegenheiten allein regeln. Auf die Fürsorge der Streikbrecher verzichten sie. Darum wird die Freude der Reichsboten und ihre Auftraggeber wohl nicht allzu lange anhalten. Es ist aber auch hier zu ersehen, welche Zumutungen man noch an den entsprechenden Maurer stellt. Es ist doch einfach unerhöht, daß man allein sich seitens der Unternehmer nicht allein damit begnügt, die Arbeiter bis auf den letzten Blutstropfen auszuquetschen, sondern sich dann noch erlaubt, sie ihrer Rechte zu berauben. Darum ist auch der Bezug nach Memel fernzuhalten.

Ribnitz. Sonntag, den 3. März, tagte hier im „Schützenhaus“ unter Anwesenheit der Gauleiter aller drei Bezirke, nämlich der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, eine kombinierte Versammlung. Am 1. Januar d. J. hatten die Maurer und Zimmerer die Forderung an die Unternehmer von Ribnitz, Damgarten und Umgegend gestellt, den Lohn von 33 3 für Stadtarbeit und 35 3 für Landarbeit bei zehnteiliger Arbeitszeit auf 40 3 und 43 3 bei zehnteiliger Arbeitszeit vom 1. April zu erhöhen. Nun war von den Unternehmern am 20. Februar ein Angebot gemacht worden, 33 3 und 40 3 bei zehnteiliger Arbeitszeit zu gewähren. Dieses Angebot wurde abgelehnt und einstimmig beschlossen, nochmals ein Schreiben an die Unternehmer zu richten und sie zu ersuchen, unsere Forderungen nochmals zu prüfen und uns bessere Zugeständnisse zu machen; auch soll ihnen mitgeteilt werden, daß wir zu mindlichen Unterhandlungen bereit sind. Ferner sollen die Unternehmer ersucht werden, den Nebenbedingungen etwas mehr Beachtung zu schenken. Auch wurden wir kein Angebot annehmen, wenn den Bauarbeitern keine Antwort auf ihre Forderung zugeht. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde dann die Versammlung geschlossen.

Roskau. Sonnabend, den 2. März, hielt der hiesige Zweigverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung, ab die sich in der Hauptfrage mit der diesjährigen Lohnbewegung beschäftigte. Die Lohnforderung ist am 10. Februar den Unternehmern zugestellt worden, um bis zum 1. März Antwort zu erhalten. Der Vorsitzende machte bekannt, daß sich drei Unternehmer bereit erklärt haben, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Nur der Unternehmer Schmidt habe es der Mühe nicht für wert gehalten, überhaupt auf die Forderung zu antworten. Da sich sämtliche Kollegen dahin auszusprechen, daß in dieser Hinsicht weitere Maßnahmen getroffen werden müßten, wurde folgende eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: Die heute, am 2. März, in der „Goldenen Krone“ tagende Versammlung der organisierten Maurer Roskau und Umgegend bedauert aufs tiefste die Mißachtung des Hofmaurer-

meisters Oskar Schmidt unserer Organisation gegenüber. Da die im ganzen Lande bestehende Teuerung stabil ist, fühlt sich die Versammlung verpflichtet, die Lohnkommission zu beauftragen, Herrn Schmidt nochmals um eine Verhandlung wegen der Lohnforderung zu ersuchen. Sollten jedoch alle Bemühungen scheitern, so sehen sich die organisierten Maurer bedauerlicherweise gezwungen, härtere Mittel zur Aneignung ihrer berechtigten Forderungen anzuwenden zu müssen. Zum Schluß wurde noch beschlossen, vom 1. April ab unsere Bibliothekbücher wieder der Bibliothek des Kartells zu überweisen.

Satzwechsel. Am 3. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Von einer früheren Versammlung waren einige Mitglieder wegen unerlaubter Nebenhandarbeit in eine Buße von 1 3 genommen worden. Da sie die Zahlungsfrist hatten verstreichen lassen, ohne ihrer Pflicht zu genügen, wiesen sie zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden. Die Eingeladenen waren größtenteils erschienen und erklärten sich auch bereit, die Buße zu zahlen. Ein Kollege war nicht erschienen, hatte sich aber entschuldigt und bereit erklärt, sich dem Beschlusse fügen zu wollen; ein Kollege hatte die Buße kurz vor der Versammlung bezahlt. Nur der Kollege Müller war weder erschienen, noch hatte er sich entschuldigt. Er wurde mit 20 gegen 3 Stimmen ausgeschlossen. Ein Antrag, Mitgliedertrauen in Straffällen zu unterziehen, wurde mit 23 gegen 16 Stimmen angenommen. Diese Unterziehung richtete sich genau nach den §§ 32 und 27 des Statuts. Die Karenzzeit ist ebenso festgelegt wie im § 32 d. Die Unterziehung ist festgelegt auf wöchentlich 1 3 und wird gewährt nach § 22 c. In Kraft tritt dieser Beschluß am 1. April. Ferner wurden die Kollegen ermächtigt, mehr die „Vollstimmte“ zu abonnieren. Kolporteur davon ist Otto Stappenberg, Arbeiter, Reichstr. 61, Gpf.

Schmalldorf. Sonntag, den 3. März, tagte hier in der „Hofenau“ eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins. Die Tagesordnung lautete: „Die diesjährige Lohnfrage“. Den Unternehmern war bereits am 5. Februar ein Schreiben vom Zweigvereinsvorstand zugegangen; in dem folgendes gefordert wurde: 40 3 Stundenlohn für Maurer, 38 3 Stundenlohn für Zimmer, zehnteilige Arbeitszeit, wöchentliche Lohnzahlung. Ein paar Tage später fand die erste Verhandlung zwischen dem Vorstand des Unternehmerverbandes und dem Vorstand unseres Zweigvereins statt. Eine Einigung wurde aber nicht erzielt. Später trat die Lohnkommission mit den Unternehmern zusammen, um die beschiedene Forderung zu begründen und eine Einigung zu versuchen. Kollege Schent nahm an der Unterhandlung teil. Die Unternehmer bewilligten den Maurern 40 3 pro Stunde und zehnteilige Arbeitszeit, den Zimmerern hingegen nur 36 3 pro Stunde und die zehnteilige Arbeitszeit, oder 35 3 pro Stunde und elfstündige Arbeitszeit, und zweijährigen Vertrag. Es wurde das Angebot für die Zimmerer von der Kommission abgelehnt, und das für die Maurer angenommen. In der Versammlung wurde nun hierzu Stellung genommen. Es wurde das Angebot der Unternehmer für die Zimmerer abgelehnt und folgendes gegen zwei Stimmen beschlossen: Wir nehmen die Lohnzulage von 3 3 für die Zimmerer an, so daß der Lohnsatz 36 3 pro Stunde der zehnteiligen Arbeitszeit beträgt. Jedoch sind wir bei diesem Lohnsatz nur für einen einjährigen Vertrag. Wollen die Unternehmer jedoch einen zweijährigen Vertrag, so sind wir für diesen nur zu haben, wenn im nächsten Jahre den Zimmerern noch eine Zulage von 2 3 pro Stunde gewährt wird, so daß also der Lohnsatz 38 3 pro Stunde beträgt. Mit den anderen Punkten erklärte sich die Versammlung einverstanden. Was die Unternehmer nun hierzu sagen werden, muß nun abgewartet werden. Die Kollegen werden ersucht, fest und treu zusammenzuhalten, und alle für einen und einer für alle zu stehen.

Segeberg. Die hiesigen Kollegen haben den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: 55 3 Stundenlohn und neunzehnteilige Arbeitszeit; bisher 48 3 und zehnteilige Arbeitszeit. Die Unternehmer wollten 52 3 pro Stunde bewilligen, aber auf eine Vertüzung der Arbeitszeit und die Aneignung einiger anderer Bestimmungen des Tarifs wollten sie sich nicht einlassen. Dieses Angebot lehnten die Kollegen einstimmig ab. Daraufhin wurden die Lohnkommissionen der Maurer und Bauarbeiter zu einer Sitzung der Lohnkommission der Meister eingeladen. Die Meister erklärten nun, daß sie auf Annahme ihres Angebots beständen. Da nun die Lohnkommission hierauf nicht eingehen konnte, brachen die Meister die Unterhandlungen dadurch ab, daß sie unsere Kollegen aufforderten, abzutreten, d. h. das Zimmer zu verlassen. Den Bauarbeitern wollten die Meister überhaupt keine Zugeständnisse machen, so daß auch deren Unterhandlungen resultatlos verliefen. Voraussichtlich wird die Konjunktur hier in einigen Wochen sehr günstig werden, und werden die Unternehmer dann wohl noch mit sich reden lassen. Wir bitten die reisenden Kollegen, Segeberg zu meiden.

Tietlin. Mittwoch, den 6. März, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Als erster Redner wurde, da Kollege Schulz nach außerhalb verzieht, der Kollege Wils. Kofst gewählt. Der Kollege Karl Schulz macht bekannt, daß wir infolge der im Juli vorigen Jahres eingetragenen Lohnsteigerung von jetzt ab 55 3 Weitzug entrichten müssen. Giergegen erhebt sich stürmischer Widerspruch und wird die Verwaltung beauftragt, nochmals beim Hauptvorstand anzufahren, ob wir nicht unter dem statutarischen Weitzug begnügen können. Des ferneren wird noch die Weitzugfrage der Ruhe erörtert. Der Zweigvereinskassierer erklärt, daß wir im letzten Jahre mit 1 50 Schaben mit der Ruheperiode gearbeitet haben, während der Lohnfonds der Sektion um circa 300 gestiegen ist. Sämtliche Redner verurteilen dies und soll diese Sache in einer kombinierten Sitzung geregelt werden. Die Anträge zum Verbandstages kritisierte Kollege Mich. Petersdorf in längeren Ausführungen. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials beweist er, daß das Einkommen der Kollegen in fünf Jahren um 11 pzt. gestiegen ist, während das Gehalt der Gauleitenden um 20 pzt. in drei Jahren ge-

stiegen ist. Redner meint, wenn der Vorstand und der Ausschuß jetzt schon wieder eine Erhöhung um circa 45 pzt. beantragen, auf der anderen Seite dagegen eine Erhöhung der Beiträge zur Stärkung des Reservefonds einbringen, dies zum mindesten leichtfertig gehandelt ist. Das Gehalt der Gauleitenden übersteigt den Verdienst der arbeitenden Kollegen jetzt schon um 48 pzt. und kann deshalb nur jede Erhöhung der Gehälter als Mißstand empfunden werden. Unter den angeführten Verhältnissen wäre er gegen jede Beitragserhöhung und stellt folgende Resolution zur Diskussion: „Die heutige Mitgliederversammlung ersucht ihren Delegierten: 1. Gegen jede Gehaltserhöhung zu stimmen und dagegen folgenden Antrag einzubringen: Das Gehalt der Gauleitenden soll 20 pzt. mehr betragen als der am Vororte übliche Lohn, jedoch nicht unter 1800. Wo über 20 pzt. resp. 1800 gezahlt wird, erfolgt von Seiten des Hauptvorstandes kein Zusatz mehr, es hat eventuell der betreffende Gau durch Erhöhung der Zweigvereinsleistungen diese erhöhten Unkosten zu beden und erhalten die Gauleitenden mindestens daselbe an Gehalt. 2. Sollte die Gehaltsregulierung nicht im obigen Sinne geschehen, sich gegen jede Beitragserhöhung zu wenden.“ Redner hält den Kollegen noch die Antisozialität des Ausschusses in betreff der Behandlung der Gauleitenden vor. Es ist nicht einzusehen, weshalb die letzteren nur 2/3 des Gehalts der Gauleitenden haben sollten, da doch die Gauleitenden billiger leben könnten, weil sie noch Diäten, extra erhalten und schliefen derselbe mit den Worten: So kann es unter keinen Umständen weiter gehen. Kollege Witt bestätigt die Ausführungen und wundert sich, daß Vorstand und Ausschuß dergleichen Anträge zugleich stellen, ob sie denken, die Maurer dächten gar nicht mehr nach. Kollege Schlichtert, als Delegierter zum Verbandstages, erklärt sich gegen jede Beitragssteigerung, er ist der Meinung, daß die Kollegen ohne Murren zahlen, wenn es die Unternehmer an einigen Orten zur Auspersung kommen lassen. Wie er die Anträge gelesen hat, ist er sehr geirrt und hält die geistige Anstrengung für nicht größer, als wenn die anderen Kollegen die Bude überarbeiten, Sonntags plötzlich weggeschickt würden und Montags früh um 6 Uhr wieder auf der Arbeit sein müßten. Ihr geistiges Können haben sich die Beamten erst auf unsere Kosten erworben, und deshalb ist es auch ihre Pflicht, es für uns zu verwenden. Es ist nicht wahr, daß die Arbeit der Beamten ungesund ist, als wenn wir in Wind und Wetter, in Regen und Schnee auf den Baustellen stehen müssen und Abends auch durchnäßt nach Hause kommen. Das beste Beispiel gibt das Aussehen der Beamten. Wenn immer gefragt wird, die Arbeiter sind die schlechtesten Arbeitergeber, so kann nur auf die Ausführung des ersten Redners hingewiesen werden, und wir meinen, daß mit Arbeitergrößen so gewerkschaftlich wird, wie es Arbeitergrößen zukommt. Die vom Kollegen Petersdorf gestellte Resolution wird von der gut besuchten Versammlung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Das diesjährige Sommervergnügen soll am 22. Juni bei Buchholz stattfinden. Zwei Kollegen wurden mit je 1 20 unterstützt, während das Geld von zwei Kollegen abgelehnt wurde. Das Verhalten der Polizei im Rühnischen Baugeschäft wurde kritisiert. Die Kollegen, welche sich über die dortigen Einrichtungen beschwert hatten, erhielten nach kurzer Zeit Freispruch. Von einem anderen Redner wurde angeführt, daß dies jetzt an der schlechtesten Arbeit läge, der Mißstand, daß die Maurer alle Augenblicke ausweichen müssen, trage auch besonders auf den Bau der Konsumvereinsbäckerei zu. Während sich die Vorstandsmitglieder als Stadtdarsteller für Konsumvereinsarbeiten ausgeben, sei hier mit den Erdarbeiten bis heute noch nicht angefangen. Es sollte nur Privatgelb sein, mit dem gebaut würde, dann wäre der ganze Bau jetzt schon fertig. Wir dächten, wir erhielten bald wieder mehr Progreß, aber wenn es so weiter geht, wird es noch weniger. Redner erklärt: In den 20 Jahren, wo ich Maurer bin, ist mir solche Dummheit nicht vorgekommen; wenn eine besondere Arbeitslosigkeit wäre, arbeitete dort wohl keiner von den Kollegen mehr. Scharping erklärt, daß es im Auftrage der Kommission heute auf der Baustelle war; beim Freispruch könne dort nicht gearbeitet werden, weil derselbe anders gebaut werden soll, wie er konzentriert ist und die frühere Zeichnung noch nicht genehmigt ist. Petersdorf führt an, daß die Konsumvereinsleistung jederzeit das Recht habe, wenn der Freispruch als Gefallenprüfungsobjekt bleiben soll, dies zu verhindern. Wenn gelten zehn Gefallen Freispruch erhielten und heute kommen drei Gefallen hin, um ihr Gefallenstadium zu machen, so sei dies zu verurteilen und empfehle er eine neue Weizugverbe an den Konsumvereinsvorstand. Von den anderen Rednern wird der Schriftführer ersucht, einen Bericht über diese Versammlung an den „Grundstein“ und den „Vollstimmte“ zu schicken. Sollte dies nicht geschehen, dann hat sich die Kommission mit einem Eingelassen an eine Zeitung zu wenden. Nachdem noch einige Kollegen, welche über das Verhalten der Beiträge der an den Wahltagen arbeitenden Kollegen anfragten, zufriedengestellt waren, erfolgte um 12 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Sollingen. Die Versammlung der Rohstoffe d. H. 13 am 10. März war schlecht besucht, was besonders zu bedauern ist, indem wir alle Ansprüche nach von den Unternehmern in einen Lohnkampf hineingezogen werden. Es ist traurig, daß es von circa 40 Mitgliedern noch nicht einmal die Hälfte der Mühe für wert hält, eine betreffende Versammlung zu besuchen. Der Referent, Kollege Labor, besprach die Widarten der Unternehmer. Er führte an, daß die Herren gnädig genug haben, uns von der Forderung, den Lohn von 64 auf 60 3 zu erhöhen, ganze 2 3 zu bewilligen. Die Vertüzung der Arbeitszeit von zehn auf neunzehn Stunden und jede sonstige Forderung haben sie aber mit der Muttermilch rundweg abgelehnt, sie könnten keine weiteren Zugeständnisse machen. Überhaupt wollen sie ihre Verbindlichkeit auch nur bis zum 1. April 1908 ausgeübt wissen. Nebenfalls wollen die Herren uns nach dieser Frist ein Stücken zum Tanz aufspielen. Um in solchem Spiel hart zu sein, ist es notwendig, daß alle, Mann für Mann, sich der Organisation anschließen, um einen Damm zu bilden, der von der kapitalistischen Ausbeutermacht niemals durchbrochen werden kann.

Tondern. Mittwoch, den 6. März. Hielten die hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Stenroos, erstattete Bericht über die Weitzung. Sodann erstattete die Lohnkommission Bericht. Sie war beauftragt worden, den Weitzern eine Lohnforderung zu überreichen. Im Jahre 1904 wurde hier der Lohn von 40 S auf 45 S und im Jahre 1906 auf 48 S erhöht. Jetzt wurden in Anbetracht der Lebensmittelpreiserhöhung 50 S pro Stunde verlangt. Die auch von den Weitzern ohne bedeutenden Widerstand bewilligt wurden. Auch sind den Bauarbeitern, die unserem Verbande beigetreten sind, da sie nicht stark genug waren, selbst eine Zählstelle zu gründen, auf eine Mehrforderung von 7 S 6 S bewilligt worden, so daß deren Stundenlohn statt 35 S jetzt 40 S beträgt. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, zwei künftige Mitglieder aufzufordern, in der nächsten Versammlung zu erscheinen. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wormskirchen. Am 10. März tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Jahresbericht ergab eine gesamte Einnahme von M 700.50 und eine Ausgabe von M 772.50, so daß aus der Kassa ein Aufschuß von M 22 geleistet werden mußte. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 40 und 65. Im Jahresbericht betrug die Mitgliederzahl 40. Die Tätigkeit seit der Anfangsflut, jedoch im Spätnummer heftiger; hiedurch erklärt sich die Ab- und Zunahme der Mitglieder. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: D. Arz als Vorsitzender und Wilhelm Naumann als Kassierer. Unter „Verschiedenes“ wurde angeregt, besonders Wert auf die Wahl der Kandidaten zu legen.

Wiesbaden. (Ziefenleger.) Als vor drei bis vier Jahren in all den Städten Südwestdeutschlands, wo Ziefenleger in größerer Zahl beschäftigt werden, das Bedürfnis nach Vereinigung sich mehr und mehr Bahn brach, schlossen sich auch die Wiesbadener Kollegen zu einer Sektion der Ziefenleger im Anschluß an den Verband zusammen. Doch die Freude war von kurzer Dauer. Allerlei persönliche Streitigkeiten, herbeigeführt durch das bisherige wilde Aufwiegen, ließen ein harmonisches Zusammengehen in den Versammlungen nicht zu, und so schnell, wie sie gekommen, war unsere Sektion auch wieder gegangen; bis auf einige Kollegen, die schon mehrere Jahre Mitglieder des Verbandes sind, waren wieder alle auseinandergeklungen. Die fortwährende gute Konjunktur in unserem Berufe und die trotzdem sich immer mehr einschleichenden Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen drängten die Kollegen bald wieder zur Vereinigung. Sie sahen ein, daß sie mit dem Auseinanderlaufen einen Fehler begangen hatten. Es dauerte auch nicht lange, und die Einsichtigen waren wieder Mitglieder der Organisation. Nun wollte man aber auch, um nicht wieder Schiffbruch zu leiden, positive Arbeit leisten; man wollte abhaken einen Tarif. Wie alles junge Leben ging es im Sturmsturm darauf los. Der Tarif wurde ausgearbeitet, eine Lohnkommission gewählt; mit den Unternehmern verhandelt und ein Vertrag abgeschlossen. Jetzt können wir wieder weiter schlafen, dachte die Mehrzahl der Kollegen; jetzt haben wir einen Tarif, natürlich einen Allstarb. Die Kollegen hielten die Allstarbarbeit noch für vorteilhafter als Tagelohn. Man ist das Darauflosgehen schon so gewöhnt, daß die meisten es gar nicht mehr empfinden, wie sie sich dabei in jeder Hinsicht ruinieren. Wer geklagt hatte, mit dem Tarif komme auch der Friede, der hat sich getäuscht. Wie können unsere Leute, sagte einmal ein hiesiger Geschäftsführer, wir wissen, wer den Tarif einhält und wer nicht. So wird denn überall bei größeren Arbeiten oder bei solchen, die im Tarif mit einem festen Lohnsatz nicht begründet sind, wie Wabenmannen, deren Organisation nach verschiedenen Systemen erfolgt, der Lohn stets zu drücken gesucht. Die Unternehmer arbeiten dabei mit verschiedenen Winkeln. So lieben sie es oft, daß sie einen Kollegen gegen den anderen ausspielen. Haben sie einen gefunden, der ihnen auf den Leim geht, dann laden sie sich ein, und händereichend spotten sie über die Leichtgläubigkeit und Dummheit unserer Kollegen. Daß derartige Vorwommnisse in den Versammlungen, auf dem Bau und überall, wo man zusammenkommt, zu Streitigkeiten führen, liegt auf der Hand. Ist bei solcher Gelegenheit ein Geschäftsführer zufällig Zeuge, so freut er sich natürlich und sucht auch wieder hieraus Kapital zu schlagen. Von dem Volkswort gegen das Fortschreiten der Arbeiterbewegung, „Christen“ genannt, haben auch wir einen Teil hier. Diese Eigenbrödelgesellschaft ist auch ein fester Mittelpunkt zwischen den Mitgliedern beider Organisationen. An allem herumrögen, aber selbst den Dingen ihren Lauf lassen, ist das Ziel ihres Daseins; wenn wir auf diese warten wollten, bis einmal etwas zu unseren Gunsten geschähe, würden wir längst gestorben sein, und es wäre noch nichts für uns getan. Gintzenherum die für die Organisation tätigen Kollegen denuncieren, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, nach dem Beispiele des Diebes; der da ruft: haltet den Dieb, um seine Verfolger von sich abzulenken, das ist ihr Prinzip, um dann ungehindert ihrem die Gesamtheit schädigenden Treiben fröhnen zu können. Als unlängst ein Kollege von uns einen „Christlichen“ in ruhiger, sachlicher Weise erfuhr, er möge die tarifliche Arbeitszeit einhalten, da kam dieser Pseudogriß so außer sich, daß er rief: „Wer mit Vorurteilen machen will wegen der Arbeitszeit, der ist mein Feind.“ Von dem vornehmen, erhabenen Geschäft, das der Mensch sein soll, wie wir es in der Schule gelernt haben, ist bei diesen Leuten keine Spur mehr zu finden, und wenn sie es so weiter treiben, wird auch der Unterschied, der den Menschen vom Tier unterscheidet, der aufrechte Gang, mehr und mehr verschwinden, so daß sie eher jenen Geschöpfen gleichen, deren Vorfahren im Paradiese von dem verbotenen Hain gefressen haben und dafür zeitlichens schwere Leiden tragen müssen. Ueberhaupt ist es nicht die Religion dieser Nachkommen, die sie von uns fernhält. So dumm sind diese Leute nicht mehr, daß sie glauben, bei uns könnten sie an ihrer Religion Schaden leiden; folglich haben sie andere Gründe, sich von uns fernzuhalten, und diese Gründe können nicht ethischer Natur sein. Haben sie nach ihrer Meinung wirklich einen ethischen Grund, uns zu meiden, so wäre ihnen niemand dankbarer als wir,

wenn sie uns darauf aufmerksam machten; sind wir doch immer bestrebt, zu lernen und, wenn nötig, uns zu bessern. Ich würde den Raum des „Grundstein“ nicht mit dieser Angelegenheit in Anspruch nehmen, wenn eine andere Gelegenheit gegeben wäre, sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen. Es ist schon oft versucht worden, konnte aber nie zu einem befriedigenden Resultat führen, da diese Leute nicht die Fähigkeit besitzen, in ruhiger, sachlicher Weise zu diskutieren. Kommt man einmal an einen strittigen Punkt, gehen die Meinungen in einer Sache einmal auseinander, so glaubt man plötzlich, einen Wilden vor sich zu haben. Der Spruch: wo die Intelligenz aufhört, fängt die Brutalität an, trifft bei diesen Leuten vollständig zu. Wir hatten längere Zeit zwei Kollegen aus dem Rheingau als Mitglieder; diese kamen auch öfter in unsere Versammlungen. Es gefiel ihnen, wie einer sich ausdrückte, ganz gut bei uns. Hier kann man etwas lernen, sagte er. Vor einigen Wochen melbten sie unserem angestellten Kollegen ihren Austritt an, weil sie sich christlich organisiert hätten. Diese beiden Kollegen können uns doch sicher bestätigen, daß in unseren Versammlungen nur unser Arbeitsverhältnis betreffende Sachen erörtert werden. Obwohl ich noch keine Versammlung besucht habe, kann ich mich doch nicht erinnern, daß jemals auch nur ein Wort über die Religion gesprochen worden wäre. Hier wird bekanntlich ein neues Kirchhaus gebaut, ein Prachtbau in jeder Hinsicht. Gelpart wird dabei nicht. Oder doch? In letzter Zeit scheint man damit anfangen zu wollen; auf welche Art dies geschieht, ist bezeichnend für die heutige Wirtschaftsweise. Wir Ziefenleger sind es, die man dazu auserkoren hat. Wir haben nämlich den horrenden Stundenlohn von 60 S. Für eine internationale Wädel- und Kurblat, wo der Luxus seine Orgie feiert, wie es höchstens noch bei den alten Römern der Fall war, ist dieser Stundenlohn nach den Begriffen der Unternehmung zu hoch. Um nun zu sparen, müßte unsere Verbandskollegen, die Maurer, einspringen, weil diese nur einen Stundenlohn von 48 S haben; und ruhig, ohne ein Wort dagegen einzubringen, im vollen Bewußtsein, daß sie Lohnbrüder sind, haben sie die Arbeit gemacht. Als wir davon erfuhren, haben wir uns sofort der Sache angenommen; wir sind hingegangen und haben den Kollegen nochmals ihr Verhalten vor Augen geführt. Der angestellte Kollege war auch dort, wir haben eine gemeinsame Versammlung mit den betreffenden Maurern abgehalten, erschienen waren von sechs nur drei, und diese haben sich, als die Rede auf ihr Verhalten kam, gebrüht; sie waren zu feig, Rede zu stehen. Alle Wüßte war umsonst. Wie ein an einen Wagen gekoppeltes Tier haben sie weiter gearbeitet in feiger Knechtseligkeit. So wird in Wiesbaden, dem rheinischen Capua, Solidarität geübt! Und das von Arbeitern, die über zehn Jahre organisiert sind und als Beweis dafür eine Fahne haben. Wer es nicht glaubt, kann nach Dohheim bei Wiesbaden, unserer Hochburg, gehen und sich davon überzeugen. Es ist dies das zweite Mal, daß die Maurer Lohnbrüder sind, am neuen Bahnhof und jetzt am Kurhaus, und jedesmal sind Kollegen von Dohheim dabei. Und dieser Geist ist vorherrschend in Wiesbaden. Alles äußerlich, im Innern ist alles öd und leer. Das hat die letzte Generalversammlung des Zweigvereins wieder bewiesen. Überall rufen die Arbeiter zum Kampf in der Zeit der vollen Kompottschüssel und des Niederreits. Und hier hat man mit Zweidrittel-Mehrheit, im Gegensatz zu den Nachbarkollegen, beschlossen, den Beitrag nicht zu erhöhen. Von parlamentarischer Ordnung in der Versammlung keine Spur. So wie hier kann es nur noch im Zirkus Wuch in Berlin zugehen, wenn die oßstähligen Jungerlanten, denen die Schweinepreise zu niedrig sind. Vom Vorhinein bei solchen Zuständen mit einigen kräftigen Worten zur Ruhe ermahnt, spielen sie die Weisheiten und laufen auseinander, dem Anschein nach nicht wissend, daß sie dadurch erst recht bestätigen, daß der Vorliegende Recht hatte mit seinem Ordnungsruf. Des Verhaltens der Wiesbadener Kollegen ist wirklich dazu geeignet, den Glauben zu erneuen, als ob man die Mühsal hätte, mit der Organisation ganz auf den Hund zu kommen. Wenn es in dieser Weise weiter geht, kann es nicht besser werden, zum Leidwesen der Kollegen und zur Freude unserer Gegner.

Wien. p. d. M. Eine Mitgliederversammlung, die am 3. März hier stattfand, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Lohnforderung. Am 1. Januar wurde der Arbeitsgehalt erhöht, den Lohn von 43 S auf 47 S zu erhöhen. Darauf wurde eine Verhandlung eingeleitet, es kam aber zu keinem Resultat. Am 1. März wurde abermals verhandelt, und die Meister boten 46 S pro Stunde für Wien und 48 S für Überlandarbeiten bis zum 1. April 1908; von diesem Tage ab erhöht sich der Lohn von 46 S auf 48 S für Wien und für Überlandarbeiten von 48 S auf 50 S bis zum 1. April 1909. Ferner tritt die sechsstündige Arbeitszeit in Kraft. Diese Angelegenheit wurde einstimmig angenommen. Der Vorliegende referierte weiter über den Zweck und Nutzen des Verbandes und ermahnte die Kollegen zum regelmäßigen Versammlungsbesuch. Hierauf wurde die von 30 Mitgliedern besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

Ansland.

Frankreich. (Französischer Bauarbeiterkongress.) Die Vertreter innerhalb der verschiedenen Bauarbeiterorganisationen Frankreichs, sämtliche Organisationen zu einem Industrieverband zu verschmelzen, worüber wir feinerzeit berichtet haben, nehmen nun eine bestimmte Gestalt an. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der französischen Gewerkschaften beruft einen allgemeinen Bauarbeiterkongress auf den 31. März nach Paris ein. Auf der Tagesordnung des Kongresses, für den vier Tage angesetzt sind, stehen nur drei Punkte, und zwar: 1. Mandatsprüfung. 2. Bauarbeiterverband. 3. Statutenberatung. Die Tatsache, daß man nur drei Gegenstände für vier Tage in Aussicht genommen hat, beweist, daß sich die Einberufung der Schwierigkeiten bewußt sind, die sich einer eventuellen Zusammenkunft aller Bauarbeiterorganisationen in einen Industrieverband entgegenstellen. Es ist ihnen gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden, ja, ob der Kongress überhaupt von allen Organisationen besucht werden wird, kann nur die Zukunft

lehren. Bis jetzt gingen die Einigungsbestrebungen nur von der Bauarbeiterföderation aus, die ja an sich schon ein Industriearbeiterverband ist und Organisationen aller Handwerke — vom Erdarbeiter bis zum Wädelmacher — aufnimmt. Die übrigen Organisationen, besonders die Föderation der Maurer und Steinmetzen, verhielten sich bis jetzt den Vereinigungsbestrebungen gegenüber ablehnend. Zugelassen sind zu dem Kongress alle Organisationen, auch solche, die keiner der bestehenden Föderationen angeschlossen sind. Bekanntlich gibt es deren in Frankreich sehr viele. Nach den Einigungsbedingungen kann ein Delegierter nicht mehr als drei örtliche Syndikate vertreten. Abgestimmt wird nicht nach der Anzahl der Mitglieder, sondern nach Syndikaten. Da die Organisationsform in Frankreich noch sehr lose ist und den örtlichen Fachvereinen fast völlige Unabhängigkeit läßt, würde ein Industrieverband der Bauarbeiter keineswegs die Bedeutung haben, wie bei zentralisierten Gewerkschaften.

(Maurerstreik in Frankreich.) Infolge von Tarifstreitigkeiten mit zwei Unternehmern in Lyon verhängte das Syndikat der Fassadenmaler die Sperre über die beiden Firmen, die etwa 300 Arbeiter beschäftigen. Die Organisation der Unternehmern erklärte sich hierauf solidarisch mit den beiden Unternehmern und drohte, sämtliche Maurer von Lyon auszusperrern, falls die Sperre über die beiden Firmen nicht aufgehoben würde. Das Syndikat weigerte sich, der Drohung nachzugeben, und so kam es am 13. März zur Aussperrung, von der über 3000 Maurer betroffen wurden. Die Unternehmernorganisation beröcklicht eine Befristung, in der sie mittelst, daß die Arbeiter solange unterbrochen bleiben, bis das Syndikat der Fassadenmaler die Sperre über die beiden Firmen aufgehoben haben wird. Andererseits beschloß die Aussperrten, nicht eher nachzugeben, bis die beiden Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben werden.

Nach längerem Streit haben die Maurer und Bauhilfsarbeiter von Vannalec (Nordwestfrankreich) einen vollen Erfolg errungen. Sie erzielten die Verringerung der Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden und prozentuale Zuschläge für Ausführung von Arbeiten, die mehr als zwei Kilometer außerhalb der Stadt liegen.

Die Maurer am Neubau eines Riesenbankhauses in Paris traten in Streik. Sie fordern Zahlung des örtlichen Tariflohnes.

Beiträge zum Lehrlingswesen.

Gau Bremen.

In 34 Zweigvereinen unseres Gaues mit 128 Orten sind Aufnahmen über die Lehrlingsfrage veranlaßt worden, das Resultat dieser Erhebung ist in folgendem wiedergegeben:

Bei 488 Unternehmern wurden 4447 Geiseln und 770 Lehrlinge gezählt. Bei den Unternehmern, die keine Lehrlinge hatten, wurden auch die Geiseln nicht gezählt. Die Gehälter betragen in fast allen größeren Orten 4 Jahre, während sie auf dem Lande und in den kleineren Städten 3 Jahre betragen. Die Stundensätze während der Lehrzeit betragen in den größeren Orten 5 bis 30 S. In den kleineren Orten sind die Lehrlinge meistens beim Meister in Kost und Logis. In einigen Orten zahlen die Meister den Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit eine Summe von etwa M 100 bis M 475 aus. Extrem ist es, daß mit Ausnahme eines einzigen Ortes, Wisthövede, die Lehrlinge überall die Fortbildungsschule besuchen müssen. Im Durchschnitt kommen auf einen Unternehmer 9,2 Geiseln und 1,6 Lehrlinge und 1 Lehrling auf 5,8 Geiseln. Es zeigt sich hier also, daß die Lehrlinge nach befristeter Lehrzeit auf dem Lande tüchtige Geiseln werden können, während in den größeren Orten 4 Jahre das notwendig sind.

Die Sanaburger Handwerkskammer hat im Jahre 1903 folgende Kala beschlossen:

Die zulässige Höchstzahl der Lehrlinge im Baugewerbe beträgt:

Bis 3 Geiseln	1 Lehrling
6	2 Lehrlinge
10	3
15	4
20	5
30	6

Die Handwerkskammer hat sich also bemüht, der Lehrlingszählerei Schranken aufzuerlegen. Auch diese Handwerkskammer hat die Fortbildungsschule für Lehrlinge fördern gehalten. Der Bericht der bremischen Gewerkskammer vom 24. Mai 1905 besagt, daß 585 Lehrlinge ihre Geiselsprüfung angemeldet hatten; von diesen erlieferten 8 Prüflinge nicht zur theoretischen Prüfung, während 5 Prüflinge infolge Krankheit verhindert waren, an der Prüfung teilzunehmen. 18 haben ihre Prüfung nicht bestanden, so daß im ganzen 559 ihre Prüfung bestanden haben, davon waren 67 Maurer.

Die Fortbildungsschule wird Sonntags Morgens besucht, so daß die Lehrlinge dafür ihre freie Zeit opfern müssen. Im übrigen werden die Lehrlingsarbeiten alljährlich an den beiden Overtagen im Gewerkskammerausstellung, die der Maurer auf einem freien Plage irgend eines Unternehmers.

Auch die oberbayerische Handwerkskammer berichtet in ihrem Jahresbericht, der im Dezember 1904 herausgegeben ist, daß die Lehrlinge sämtlich die Fortbildungsschule besuchen müssen. Am 3. Dezember 1903 hat der Vollversammlung der Handwerkskammer ein neuer Entwurf eines Lehrvertrages vorgelegen, der auch angenommen worden ist und vom Großherzoglichen Staatsministerium genehmigt wurde. Der § 3 sieht eine viermonatige Probezeit vor; während dieser Probezeit steht beiden Teilen der Eintritt vom Lehrvertrage frei. Dagegen braucht der Lehrherr bei Aufnahme des Lehrvertrages während der Probezeit von dem bezahlten Lehrgeld nichts herauszugeben.

Wenn nun auch der theoretische Fachunterricht sämtlich ausgedehnt ist, so läßt die praktische Ausbildung doch viel zu wünschen übrig, und zwar in den Großstädten sowohl wie auf dem Lande. Die Unternehmern betrachten den Lehrling in der Hauptsache als Ausbeutungsobjekt. Wo die vierjährige Lehrzeit reicht, kommen die Lehrlinge in der Regel im ersten Jahre wenig zur praktischen Arbeit, sondern werden als Hausarbeit verrichtet oder müssen zu Hause beim Meister die Hausarbeit mit verrichten. Unsere Kollegen müssen sich mehr der Lehrlinge annähern. Hier wird oftmals viel geleistet. Das Lehrgeld beträgt, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wo nichts gezahlt wird, M 6 bis 20.

Hoffentlich gelingt es dem nächsten Verbandstage, Vorschläge zur Beseitigung der noch bestehenden Schäden im Verhältnissen zu finden, damit auch hier ein Besserung eintreten kann.
C. Hildebrand.

Eine Mahnung zur Ehrlichkeit an die „Baugewerkschaft“!

In Nr. 10 des christlichen Verbandsorgans „Die Baugewerkschaft“ war folgendes zu lesen:

Sozialdemokratische Brüderlichkeit.

Königsberg i. Pr. Ein Akt der gemeinsamen Missetat ereignete sich am 20. Februar zwischen 12 und 1 Uhr vor dem Neubau des Unternehmers Wöll auf dem Paradeplatz. Unser Mitglied, Kollege Janag Radziner, kam um diese Zeit hier durch, um seine Arbeitspapiere von dem Polizei zu holen. Vor dem Neubau lagerten eine Anzahl sozialdemokratischer Maurer (unter ihnen der Sozialbeamte des Zentralverbandes der Maurer, Genosse Krieze), um zu verhindern, daß christlich organisierte Maurer auf diesem Bau arbeiten. Nun hatte Genosse Krieze unseren Kollegen zu sehen bekommen, als er denselben fragte, in welchem Verbands er sei, obwohl er genau wußte, daß Radziner christlich organisiert war. Als dann unser Kollege Farbe bekannte, sagte er: „Du christliches Weib“, und schlug hierbei unserem Kollegen vernagten mit der Faust ins Gesicht, daß dieser zurücktaumelte und blutige Wunden davontrug. Die verschiedenen Bauschlichter, die dann noch auf unseren Kollegen von K. und Genossen niederschlugen, wie: „Du Hund, Du sollst noch Blut spucken“ usw., wollen wir weiter nicht erwähnen. Unsere Kollegen können sich nach solcher Gemeinheit, welche vorausgegangen war, diese schon denken. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Also, mit solchen Mitteln arbeiten schon die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten! Bei Teufel, wer sich mit solchen Elementen herum-schlagen muß. Will der Genosse Krieze mit solchen Mitteln den christlichen Arbeitern die sozialdemokratische Brüderlichkeit beibringen? Kann man sich da wundern, wenn die Arbeiterbewegung immer roher wird unter solcher Führung! Sagten doch selbst die Sozialorganisierten Maurer: „Seht doch, solch einen Vorwand habt Ihr!“ Dem Genossen Krieze können wir nur raten, mit solchen Waffen weiterzuarbeiten; den noch verbliebenen Arbeitern werden dann die Augen aufgehen und sie ihren Führern den verdienten Spitznamen geben.

Diese Notiz trug den Stempel der Verlogenheit an der Stirn, und wir trauen sogar der Redaktion der „Baugewerkschaft“ soviel Witz zu, daß sie das erkannte, obwohl wir in dieser Hinsicht nicht sehr optimistisch sind. Trotz dem oder darum druckte sie es ab. Wir erhalten jetzt von dem verurteilenden Kollegen Krieze folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Abdruck, dem wir sehr gern entsprechen, da gerade jetzt wieder die dreifachen Lügen dort aufgetischt werden. Die Zuschrift lautet:

Eine Gruselgeschichte, die von Anfang bis Ende gelogen ist, bringt einmal wieder die „Baugewerkschaft“ in Nr. 10. Es wird dort geschrieben, daß ich mit mehreren Kollegen einen Bau belagert habe, um zu verhindern, daß christlich Organisierte dort arbeiten sollten; daß ich dann weiter einen christlichen Maurer Radziner nachdem er mir erklärt habe, daß er Mitglied des christlichen Verbandes sei, beschimpft und blutig geschlagen habe. Diese von Schändelstammende Lügengeschichte soll wohl dazu dienen, die in den Streikbrecherverband hineingezogenen Kollegen von der Mithildigkeit des Streikbrecherverbandes einerseits und der Verwerflichkeit des Zentralverbandes andererseits zu überzeugen, und da kommt es dann dieser Gesellschaft auf eine Idee mehr oder weniger nicht an. Zunächst sind die armen Christen wieder wie gewöhnlich die von Terroristen getriebenen, die Armeen — hier hat der Einfluß ihres heiligen Schwuppatrons Rauffert nicht ausgereicht. Auf dem Bau des Unternehmers Wöll am Paradeplatz arbeiten seit einiger Zeit Kollegen aus allen drei am Orte bestehenden Organisationen, ohne daß sie sich gegenseitig die Haare ausgerissen hätten. Es ging dies jedoch gegen den Willen des Diktators Rauffert und ebenso gegen den Willen des Vorstandes des Streikbrecherverbandes. Wesentlich sollen nur Kollegen das Recht auf Arbeit haben, wenn sie sich als Mitglied des Streikbrecherverbandes legitimieren können. Wiederholt hatten diese beiden faulernen Bundesgenossen auf Wöll eingewirkt, er möchte doch unsere Kollegen entlassen. Als dann in letzter Woche brieflich nochmals von beiden Seiten energisch die Entlassung unserer Kollegen verlangt wurde und der Unternehmer mit Repressalien bedroht wurde, endlich er nun endlich unsere Kollegen und die Kollegen aus der „Freien Vereinigung“. Dies war der Leitungs des Streikbrecherverbandes noch nicht genug; sie verlangte eine bestimmte Erklärung, daß der Unternehmer nie mehr den Versuch machen würde, einzelne von unseren Kollegen einzustellen, sonst sei sein Bau gesperrt.

Dieses ging dem Unternehmer denn doch zu weit; er stellte unsere Kollegen alle wieder ein und die Christen mußten wie die betäubten Lohgerber abgehen. Also erst versucht diese Gesellschaft mit den schabigsten Mitteln, unsere Kollegen brotlos zu machen, und wenn dies mißglückt, faßt man von Terrorismus!

Nun zu der geschwindelten Schlägerei. Dieser Terroristen und angeblich geschlagene Radziner, soll er wohl heißen, nicht Radziner, wie die „Baugewerkschaft“ schreibt, hat sich die ganze Zeit hindurch auf diesem Bau den Kollegen gegenüber als Verbandskollege aufgeführt. Er hat wiederholt damit renommier, daß er als Einflasterer im christlichen Verband Gelder unterschlagen habe und dort ausgeschlossen worden sei. Als ich nun nach diesem Bau gelaufen wurde, wollte ich doch wissen, ob er auch dafür sei, daß unsere Kollegen dort nicht arbeiten sollten. Nun war ihm sein Ausfluß aus dem Streikbrecherverband wohl leid geworden und wollte er

diese Gelegenheit benützen, die Kollegen vom Zentralverband als Vagabunden und Spitzbuben zu beschimpfen und auch zu schlagen, was diese jedoch kaum erwiderten. Eine blutige Wunde ist, daß ich ihn geschlagen hätte, und ebenso ist die Sache von dem Terrorismus gelogen. Ich habe ihn vielmehr erklärt, daß es mir nicht passe, mich weiter mit ihm zu unterhalten.

Jedenfalls wird er auf Grund dieses Schwindels bei den Streikbrechern wieder in allen Ehren aufgenommen werden; weiter wollte er auch wohl nichts bezwecken.

Zur Charakteristik dieses Ehrenmannes diene noch folgendes: Vor einiger Zeit erschien er bei mir im Bureau und erzählte, daß er sich mit Rauffert wegen Ausstellung einer Arbeitskarte geschlagen habe. Er habe Rauffert ordentlich am Bart gerissen, ich solle doch einen Bericht für die „Volkzeitung“ hierüber schreiben. Da ich diesem Bericht von jeder nicht getraut habe, so glaube ich, davon Abstand nehmen zu sollen. Jedenfalls wollte er damals schon, daß ich mit dem Staatsanwalt Veranlassung machen sollte. Da ihm dieses nicht geglikt ist, so ist nun diese neue Geschichte erlogen worden.

S. Krieze, Königsberg.

In der selben Nummer der „Baugewerkschaft“ lasen wir im Leitartikel:

„Die Wahrung des Anstandes und Takttes, das müssen wir uns immer angelegen sein lassen. Das erhöht den Respekt vor der eigenen Person und das Ansehen der Organisation.“

Das ist ein schönes Bekenntnis, und man wird verstehen, daß wir recht erfreut waren, wie wir es lasen. Denn wir dachten dabei unwillkürlich an die — sagen wir Unhöflichkeit, die bisher das tägliche Brot der „Baugewerkschaft“ gewesen waren. Wir übersehen jedoch, daß dieser schöne, edle Voratz nur den Unternehmern gegenüber gesagt worden war. Den Unternehmern gegenüber ist dem Christenbrot Anstand und Takt die wichtigste Pflicht, den eigenen Klassenangehörigen gegenüber aber scheint man diese Verpflichtung nicht anzuerkennen; denn wie Figura zeigt, verlästert und verleumdet man auf der anderen Seite desselben Blattes den Kollegen Krieze in der allerniedrigstestmöglichen Weise.

Anstand und Takt erhöhen das Ansehen der eigenen Organisation, sagt die „Baugewerkschaft“ sehr schön. Wer also diese beiden Tugenden außer acht läßt, wirkt dem Ansehen der Organisation entgegen und schädigt diese somit. Nach dieser ganz zutreffenden Logik müßte also der christliche Bauhandwerkerverband die „Baugewerkschafts“-redaktion zum Teufel jagen, denn dieser hat das Ansehen der Organisation geschädigt, indem sie solchen offensichtlichen verleumderischen Angriffen Raum gewährte und sie wahrscheinlich auch — wie der holprige Stil vermuten läßt — druckfertig machte.

Der „Baugewerkschaft“ sei der ernstlich gemeinte Rat erteilt, sich bei ihren Schmutzereien höflich in acht zu nehmen. Aus mancherlei Gründen haben wir bisher meistens darauf verzichtet, den vielen Fällen nachzugehen, das kann sich aber sehr leicht ändern. Den Standpunkt in allen Ehren, der dem Räter das Vergnügen läßt, den Mond nach alter Kraft seiner Lungen anzubellen; es bleibt immer noch zu erwägen, ob nicht von Zeit zu Zeit ein wichtiger Schritt als heiliges Verhängungsmittel angebracht ist. Wonach sich zu richten —

Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz. Von der Agitation.

Veranlaßt durch die Erkrankung des Sekretärs, Kollegen Kappeler, wurde ich der Verbandsvorstand an den Bau Mannheim unter Mitwirkung in der Agitation. Es wurden nun in der Woche vom 4. bis 10. März in allen deutschen Sektionen Versammlungen angestellt und als Einladung hierzu ein Zirkular der red. Obwohl die Zeit etwas kurz war, konnten doch alle Versammlungen stattfinden. Als Referenten waren vom Bau Mannheim die Kollegen Voigt, Philipp und Horrer und vom Bau Stuttgart Kollege Stolle tätig. Der Versammlungsbericht hätte in einzelnen Orten besser sein dürfen; doch wenn man berücksichtigt, daß die Veranstaltung in einzelnen Orten noch nicht begonnen hat und daß sehr schlechtes Wetter war, so muß man zufrieden sein. Als Thema war gewählt: „Wie schützen wir uns vor den Schwarzmachern im Baugewerbe?“

Da sich der Schweizer Baumeisterverband bisher außerordentlich freundlich verhielt, und in letzter Zeit zusammen mit den Unternehmern aus Baden, Groß-Löhringen, Württemberg und Bayern auf einer gewinnreichen Konferenz Verträge gegen die Arbeiter, schloß, so war das Thema sehr zeitgemäß. Der Verlauf der Versammlungen war überall gut. Es wurde vielfach der Wunsch geäußert, über derartige Vorträge zu halten. Soweit dies möglich ist, wird dieser Wunsch Berücksichtigung finden. In einigen Orten waren alle Erschienenen bereits Mitglieder des Verbandes; in anderen Orten erfolgten Aufnahmen.

Durch die Versammlungen dürfte die Agitation in den einzelnen Sektionen angeregt sein und nun etwas lebhafter betrieben werden. So äußerten zum Beispiel Kollegen in Bern, daß sie in einigen Monaten den letzten deutschen Maurer im Verband haben würden. Wenn auch in den übrigen Sektionen so gearbeitet wird, dann werden die deutschen Kollegen den Verband nicht mehr verlassen und der Schweizer Baumeisterverband dürfte die Höhe erreichen, die zur Durchführung von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gegenüber den Schweizer Arbeitsskizzen nötig ist.

M. Horrer, Mannheim.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

Rechnungs-Abschluß für das 4. Quartal 1906.

(Oktober, November, Dezember.)

Einnahme.

Vorer Bestand am 1. Oktober 1906	M. 69164,—
Zinsen von belegten Kapitalien	18320,70
Eintrittsgelder	1020,—
Beiträge in der 1. Klasse	M. 109931,40
„ „ 2. „	116864,50
„ „ 3. „	6473,70
„ „ 4. „	1302,40
Erfassung	762,80
Gesamt	235934,80

Erfassungslisten von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	1219,65
Zurückgezogene Kapitalien	7000,—
Sonstige Einnahmen: für Duitungsbücher, Strafgelder usw.	1068,24
Summe der Einnahmen	M. 397054,89

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M. 81776,80
Für Arznei und sonstige Heilmittel	22319,89
Gesamt	104096,69
a) an Mitglieder der 1. Klasse	M. 81118,20
„ „ 2. „	66190,—
„ „ 3. „	4677,90
„ „ 4. „	463,25
Gesamt	122449,35

b) an Angehörige	5665,69
Einkaufsgeld für Mitglieder der 1. Klasse	M. 3800,—
„ „ 2. „	2850,—
„ „ 3. „	180,—
Gesamt	6890,—

Kur- und Verpflegungskosten an Krankenkassen	18645,60
Zurückgezogene Beiträge und Eintrittsgelder	67,45
Für Kapitalanlagen	119884,45
Gesamt	239445,99

Summe der Ausgaben. M. 349964,56

Abschluß.

Summe der Einnahmen	M. 397054,89
Summe der Ausgaben	349964,56
Vorer Bestand am 31. Dezember 1906	M. 47086,83

Vermögensausweis.

Vorer Bestand am Schlusse des 4. Quartals	M. 47086,83
Belegte Kapitalien	782671,85
Dennach beträgt das Gesamtvermögen am 31. Dezember 1906	M. 829757,70
Nach dem Abschluß des 3. Quartals betrug dasselbe	802450,90
Dennach am Schlusse des 4. Quartals 1906 ein Mehr von	M. 27306,80

Am Schlusse des 4. Quartals gehörte die Kasse 306 dritte Verwaltungssstellen und 34 035 Mitglieder.

Mitgeteilt, den 10. März 1907.

Karl Reif, Hauptkassierer.

Vorstehender Rechnungsabschluß ist von uns revidiert, mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns vorgelegt resp. nachgewiesen.

Für den Ausweis:

C. Wägenburg, Goth. Ertler, S. Schulze.

In der Woche vom 10. bis 16. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Altdorf M. 800, Quedlinburg 750, Weismann 400, Treibitz a. d. Elbe 200, Seyda (Bez. Halle) 150, Renshausen (Altkreis) 100, Jordan-Paradies 100. Summa M. 2500.

Zuflüsse erhielten: Wöbbel M. 300, Erbstadt 250, Mannheim 200, Altdorf 200, Schwartau 180, Karlsruhe i. Baden 100, Hofen bei Garmath 100, Odenburg bei Dresden 100, Torgelow 100, Giesen 75, Lampertheim 50, Hain. Münden 50, Elberfeld 50, Niederbreitig 40. Summa M. 1745.

Mitgeteilt, den 16. März 1907.

Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Zur Beachtung.

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal sind nebst dem neuen Adressen-Verzeichnis an die dritten Verwaltungen abgegangen. Wenn sie in einer Zählweise nicht eingetragen sein sollten, so eruchen wir, uns davon sofort zu benachrichtigen.

Der Vorstand.

S. A. C. Reif, Hauptkassierer.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. In einem von der Firma Voßmann & Knauer ausgeführten Neubau an der Mohrstraße brach am Sonntag Vormittag das Treppenhäusergerüst in der Höhe des zweiten Stockwerkes zusammen und rief vier Arbeiter mit sich in die Tiefe. Das Gerüst ist, wie in Treppenhäusern leider fast immer üblich, ganz unzureichend gewesen. Eine Stange, mit dem einen Ende 13 cm auf der Mauer liegend, das andere Ende in einer Fensteröffnung auf einer Etage ruhend, neigte und brach darauf — und fertig ist die

„Hilfe“. Ueber den Zustand der Verunglückten wird in dem Bericht nichts gesagt.

Romberg. Freitag, den 15. März, Nachmittags 1½ Uhr, ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Holz im der Hofstraße ein schwerer Unfall, dem bald ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen wäre. Der Maurerlehrling Friedrich stürzte aus der zweiten Etage bis in den Keller. Schwer verletzt brachte man den Verunglückten mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus. Als Ursache des Unfalls ist die mangelhafte Abdeckung der Balkenlagen anzusehen. An der Stelle, wo der Verunglückte abstürzte, waren die Wechselbalken noch nicht eingezogen und die Deckung nicht abgedeckt. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Unfall sich nicht ereignen können.

Greifeld. Am 7. März ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Schäfer in Linen ein schwerer Unglücksfall. Kollege Rippers war auf einem 3 m hohen Gerüst beschäftigt, als plötzlich ein Seil zerbrach und Rippers mit dem Gerüst in die Tiefe stürzte. Der volle Metallkasten rutschte nach und fiel ihm auf den Leib. Der Kollege starb Tage danach Nachmittags um 5½ Uhr. Ein Bauführer sagte, der Unfall sei noch glücklich reiten. Dies ist seit zwei Monaten der zweite Fall. Damals blühten zwei junge Kollegen ihr Leben ein. Wir hoffen, daß dies der letzte Unglücksfall ist, und daß sich die Polizei etwas um die Bauten bekümmert, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

Güsterin. Am 4. März verunglückte beim Umladen einer alten Mauer auf dem Hofe der Norddeutschen Kattowischfabrik die beiden im Baugeschäft von B. Rube beschäftigten Arbeiter S. Jöller und A. Lude aus Alt-Dreßow derart, daß S. einen rechten Knöchelbruch und A. einen linken Unterschenkelbruch davontrug. Die beiden Leute wurden mittels Fahrbahre nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Wenn am den Unfall die Schuld trifft, ist noch nicht festgestellt worden. Vermutlich hat der Polier, die Unfallversicherungsbestimmungen wenig oder gar nicht beachtet.

Essen a. d. R. Am Umbau des Kaufmanns M. Goffmann, Glaspassage, Unternehmern Moser & Seeger, verunglückte Samstag, den 9. März, der Maurer Simon Wagner. W. war mit noch mehreren Kollegen mit dem Herauswinden eines 58 Zentner schweren Unterbaues beschäftigt. Beim Transport tanzte er und schlug W. das linke Bein vollständig durch. Schwerverletzt wurde der Kollege zur Heilanstalt gebracht.

Bauverfall in Bremen. Auf dem Ziegelsteinbau an der Hafenhäuser Chaussee stürzte am 13. März eine Betondecke ein. Dabei fiel zwei Arbeiter getötet und ein Arbeiter und ein Bauarbeiter schwer verletzt worden. Die Bremer Zweigvereinsleitung schreibt uns dazu:

Es wird für die Firma Krüger & Willgemann bei ihrer Dampfzettel- und Maschinenfabrik für die Ziegelarbeiter hergestellt. Die Maurerarbeiten führt die Firma Wessels aus, während die Betonarbeiten, wodurch das Unglück entstanden ist, durch die Firma S. Dieck & Vogt ausgeführt wurden. Die dort beschäftigten Maurer bei der Firma Wessels stellen das Unglück wie folgt dar: Der Bau war soweit fertiggestellt, daß die Decken gepußt werden sollten. Nun wird hier bei den Decken ein neues Patentverfahren angewandt. Es werden Patentträger in der Form eines Dreiecks in die Mauern gelegt, welche die Stärke des gewöhnlichen Wellblechs besitzen. Zwischen die Patentträger werden wieder besondere Patentsteine gelegt und auf diese Steine wird 25 cm Beton geschüttet. Die Steine haben eine Länge von 30 cm und eine Höhe von 10 cm, dieselben wiegen 17 bis 18 Pfund. Selbstverständlich werden die Patentträger zunächst unterkühlt. Die Breite des Zimmers ist 6,40 m breit und 9,00 m lang und es hat einen Flächenraum von 47,40 qm, so daß es für die Träger unmöglich war, diese Last zu tragen. Als die Zimmerer die Schalung entfernten, hatten sich bereits die Ringmauern nach außen gebogen. Trotzdem sollten die Maurer und Bauarbeiter auf Befehl des Unternehmers Rost noch darauf arbeiten. Als sich die Zimmerer eben entfernt hatten, geschah das Unglück.

Der Unternehmer Wessels sowie dessen Polier und Maurer schienen zu dieser neuen Patentkonstruktion von Anfang an kein großes Interesse gehabt zu haben, indem diese Patentsteine trocken zusammengeklebt anstatt zusammengebaunt wurden. Der aufgeschüttete Beton war nach Angabe der dort beschäftigten Leute bereits der reine Sand. Von Prozentuntersuchungen des Sandes und Betons bei Herstellung der Mischungen wurde vollständig abgesehen, es wurde einfach ein Sad Zement auf den großen Sandhaufen geschüttet und nach Gütübungen herumgeschaukelt. Es ist bedauerlich, daß man zu dieser Arbeit nur durchschnittlich Lehrlinge, vielleicht der Willigkeit halber, verwendet, die sich sogar von dem leitenden Polier B. Höring förmlicher Bittung unterziehen müssen. Im Jahre 1905 wurde bereits die löbliche Firma, die damals einen Bau am Spitalhof aufzuführen hatte, wegen Pfuscharbeiten öffentlich an den Pranger gestellt.

Nach dem Unfall wurde von den Maurern der Unternehmer Rost auf die Gefahr aufmerksam gemacht; dieser meinte aber, es könnte auf der Decke 25 Maurer tanzen. Als aber das Unglück passiert war, da gebärdete er sich wie ein Wahnsinniger. Er hat vielleicht sofort eingesehen, als es zu spät war, daß nur seiner leichtsinnigen Arbeitsmethode die Verunglückten zum Opfer gefallen sind. Der Bau ist vorderhand abgestellt und wird hernach wieder abgebrochen werden müssen.

Sollte sich der Verlauf der Sache so abgespielt haben, wie die dort beschäftigten Arbeiter den Vertretern der Maurer, Bauarbeitern und Arbeitgebern mitteilen, wird jene Firma hoffentlich eine exemplarische Strafe zu gewärtigen haben. Wir geben uns zwar keinen großen Illusionen hin, denn wir haben vor einigen Wochen hier die Sühne des Baumfalles in Bremerhaven erlebt. Mögen sich unsere liberalen Bürgergesellschaften einmal mit den Forderungen der Arbeiter für besseren Bauarbeiterschatz befassen, damit nicht dieser trüblichen und leichtsinnigen Bauweise noch mehr brave Bauarbeiter zum Opfer fallen.

Bauverfall in Kiel. Am Donnerstag voriger Woche, gegen 8 Uhr Abends, ist ein von dem Unternehmer Hagemann an der Ringstraße aufgeführter Neubau zusammengeklüppert. Ueber den Vorgang und die mutmaßliche Ursache

des Einsturzes entnehmen wir der „Kieler Zeitung“ das Folgende: Etwa 5 Minuten nach 8 Uhr wurden die Bewohner der umliegenden Häuser durch ein dumpfes Getöse erschreckt. Rauschtend in dem Hause Ringstraße 94 machte sich die Wucht der abfallenden Mauerstücke fühlbar; Bilder fielen von der Wand, und selbst schwere Möbelschilde gerieten ins Wanken. Bestürzt eilten die Bewohner auf die Straße. Was sich dort ihren Blicken bot, war nur zu sehr geeignet, den Schrecken zu erhöhen. Die ganze vordere Fassade des Neubaus Ringstraße 94, eines Doppel-dreißtubenhauses, war in sich zusammengebrochen. Das Vordere über die Straße gefallen und hatte die Kronen von einigen Alleebäumen stark beschädigt. Von den Trümmern des Hauses bedeckte ein großer Teil den Bürgersteig und den halben Fahrbaum. Von den Bauhandwerkern konnte der vordere Abendstunde wegen niemand im Bau gesehen sein. Aber es entstand die bange Frage, ob nicht vielleicht des Weges gekommene Fußgänger unter den Trümmern begraben waren. Man alarmierte sofort die Polizei und die Feuerwehr. Letztere eilte mit der ganzen verfügbaren Mannschaft herbei und begann alsbald mit den Aufräumarbeiten. Auf polizeiliche Anordnung mußten die Bewohner des Hauses 94 ihr Heim verlassen, ebenso die Bewohner eines Hinterhauses, weil von dem Rest des Neubaus die freistehende östliche Giebelwand nachzufallen drohte. Bald hieß es, zwei spielende Kinder sollten verhängt sein, dann wieder wurde die Zahl auf vier angegeben. Wie aber von Seiten der Behörden mitgeteilt wurde, soll kein Menschenleben zu beklagen sein. Worin die Ursache des Einsturzes zu suchen ist, läßt sich zunächst nicht mit Bestimmtheit angeben. Wahrscheinlich werden die stark über und unter Null wechselnden Temperatureinflüsse die Hauptursache sein. Soviel man bei der Fachebeleuchtung erkennen konnte, sind starke Schmittböler und eiserne Träger in dem Bau verwendet worden. Der Erbauer des Hauses, Hagemann, hat auch das Haus 98, das seit an den Unglücksbau grenzt und bereits fertiggestellt ist, errichtet. Als ein wahres Glück muß es bezeichnet werden, daß der Einsturz nicht am Tage oder am Mittwoch Abend erfolgt. Namentlich am letzteren Zeitpunkt wäre namenloses Leid entstanden, weil die gesamten Bauhandwerker im Neubau das Nichtstun feierten.

Ein Berichterstatter des „Hamburger Echo“ schreibt unserem Vortragsorgan, daß auch Grundwasser zum Teil den Einsturz verschuldet haben mag. Wie aber demselben Berichterstatter von durchaus einwandfreien Fachleuten berichtet worden ist, hat man bei der Errichtung des Hauses überaus arg gesündigt. Die Hochführung ist mit einer Grotte bedeckt worden, die wohl einzig dasteht. Trotz des zeitweiligen recht heftigen Frostwetters wurde die Grotte darauf losgemauert. Die Maurer, es sollen sieben gewesen sein, arbeiteten in Hafford. Fast alle drei Tage wurde eine neue Balkenlage gelegt. Als man jedoch am letzten Sonntag die letzte Balkenlage legte, zeigten sich im unteren Mauerwerk flackernde Risse, so daß schließlich alles abgestellt werden mußte. Am Mittwoch war Nichtstun und am Donnerstag Abend der Einsturz. Schneller kann es wirklich nicht gehen. Ein Glück nur, daß niemand zu Schaden gekommen ist.

Submissionsbitteln. Bei der Vergabe von Erd- und Maurerarbeiten beim Umbau des Hauptbahnhofes in Aachen wurden folgende Angebote gemacht: Höchstgebot M. 42 822, Mindestgebot M. 13 968. Für die Errichtung eines Entwässerungskanales beim Güterbahnhof. S. Kisterfeld verlangte der Höchstfordernde M. 47 605, der Mindestfordernde dagegen nur M. 19 052.

Aus Unternehmerrreisen.

Unternehmerrerrörismus. Die Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Bünde in G a m b u r g erläßt folgendes Rundschreiben:

Die geehrten Mitglieder der Vereinigung werden hiermit auf die Bedingungen des Auftrags für den Fabrikneubau der Firma Giese & Goldschmidt an der Gluckstraße hingewiesen. Es wird ersucht, jede Vernehmung für diesen Vertrag strikte abzulehnen, und zwar mit dem Hinweis auf das Fehlen der Streik- und Sperrelaufel und mit Hervorhebung der im Vertrag enthaltenen gegenseitigen Bindung der bedingungslosen Nichtverzögerung. Eine genaue Prüfung der auf Seite 2 festgestellten Bau- und Lieferungsfrist wird den geehrten Mitgliedern der Vereinigung zur dringenden Pflicht gemacht. Es muß die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß diese und ähnliche Bedingungen unter keinen Umständen von Unternehmern und Lieferanten angenommen werden. Durch die Unterzeichnung solcher Bedingungen und Verträge würde das selbständige Baugewerbe bei eintretenden Streiks und Sperren geradezu der Willkür der Arbeiterchaft ausgeliefert sein. Der Vertrag der Firma Giese & Goldschmidt enthält auf Seite 2 folgende Bedingung: „Die Arbeiten sollen, sobald die erforderlichen Vorarbeiten es gestatten, begonnen, durch eine hinreichende Anzahl von Leuten betrieben und so gefördert werden, daß der Ablieferung am . . . 1907 nichts im Wege steht. Für jede Woche späterer Ablieferung unterliegt der Herr Unternehmer einer Konventionalstrafe von M. . . pro Woche, welchen Betrag der Bauherr berechtigt wäre, ohne jede gerichtliche Prozedur vom letzten Termin in Abzug zu bringen. Ein partieller Streik oder eine Sperre darf für den Bau keinerlei Verzögerung herbeiführen und soll den Ablieferungstermin nicht verschieben.“ Die geehrten Mitglieder der Vereinigung wollen im Gegensatz zu derartigen Bedingungen freis darauf achten, daß die Streik- und Sperrelaufel in alle Bau- und Werkverträge aufgenommen wird. Der geschäftsführende Ausschuss der Vereinigung erwartet mit Bestimmtheit, daß alle Verträge mit ähnlichen Festsetzungen, die eine Gefahr für den gesamten Gewerbestand bilden, zurückgewiesen und außerdem an der unterzeichneten Geschäftsstelle zur Anzeige gebracht werden.

G a m b u r g, den 2. März 1907.

Der geschäftsführende Ausschuss:
B. D u m m e r t, erster Vorsitzender.

Das ist ein ganz interessantes Dokument, wenn man sich daran erinnert, welche Rolle die Phrasen von dem

„Herrn im eigenen Hause“ bei unseren Unternehmern spielt. Der Arbeiterchaft gegenüber führt man angeblich einen erbitterten Kampf um die Freiheit der geschäftlichen Disposition, und in Wahrheit wird diese Freiheit von seinem mehr angelastet, als von den eigenen Organisationen der Unternehmer, seien es nun Kampfgesellschaften oder Kartelle. In diesem besonderen Falle bleibt noch zu betonen, daß es die Lummert und Konjunktur selber verschuldet haben, daß sie nach ihrer Annahme — nicht vor neuen Forderungen der Arbeiter sicher sind. Sie hätten nur nötig gehabt, den Tarif, den die hamburgische Bauarbeiterchaft mit dem vernünftigeren Teil der Unternehmer abgeschlossen hat, ihrerseits ebenfalls anzuerkennen, und ihnen wäre geholfen gewesen. Aber bei diesen Leuten scheint der Spiritus noch nicht so weit zu langen, um eine klare Einsicht in die Erfordernisse unserer Zeit zu gewähren.

Aus anderen Berufen.

Die Lohnkämpfe im Schneidergewerbe. Die Schneider stehen gegenwärtig in einer großen Anzahl Orten in Lohnbewegung. Der Zentralverband des Unternehmerrverbands in München hat nun durch seine Ortsgruppen den Arbeitern das Ultimatum gestellt, die von den Unternehmern vorgelegten Lohnsätze bis Donnerstag, 14. d. M., Mittags 1 Uhr, bedingungslos anzunehmen und darüber nach München zu berichten; andernfalls sich der Unternehmerrverband, wenn einzelne oder sämtliche Filialen des Schneiderverbands dieses Ansinnen ablehnen, seine Maßnahmen bis Sonnabend, 16. d. M., vorbehält. Worin diese Maßnahmen bestehen sollen, darüber verläutet nichts.

Zum Konflikt im Hamburger Hafen ist zu berichten, daß etwa gegen 4000 Schiffe heute angedockt sind. Die Zahl der Arbeitswilligen beträgt 1500. Dies, Geldlohn ist aus Holland, vornehmlich aber aus England zusammengeschifft worden. Freude erleben die Herren im Hafen an dieser Gesellschaft nicht.

Massenkämpfe in der Textilindustrie bereiten sich wieder vor. In M. Gladbach hatten ca. 200 Arbeiter in einer Fabrik ordnungsmäßig gekündigt und nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt. Infolgedessen ist laut einem Bericht des Vereins der Textilindustriellen in 60 Textilwerken, welche insgesamt rund 10 000 Arbeiter beschäftigen, der Arbeiterschaft gekündigt worden. In den Fabriken wurde eine gleichlautende Mitteilung an die Arbeiterchaft angeschlagen, in der es heißt, daß die Forderungen der Arbeiter von einem Ausbruch gekündigt worden seien und daß sie der Berechtigung entbehren. Der Verein der Textilindustriellen hofft aber, daß der Streikfall durch erneute gemeinsame Verhandlungen einer aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Kommission so zeitig beigelegt werden könne, daß ein Stilllegen der Betriebe vermieden werde.

Polizei und Gerichte.

Streiknachrichten. Ein Nachspiel zur Lohnbewegung im Baugewerbe Oberpfälzens. Der am 31. März d. J. ablaufende Tarif zwischen dem Zentralverband der Maurer und den Unternehmern im Baugewerbe für Oberpfälzen war mehrfach Gegenstand größerer Lohnkämpfe. Ein Teil der Unternehmer konnte es durchaus nicht begreifen, daß der Tarif von beiden Seiten innewegungen werden muß. Da aber der Verband der Maurer streng darüber wachte, daß die vereinbarten Löhne auch wirklich bezahlt werden, so kam es öfter zu Bauverwehren. Eine solche Bauverwehre war auch im Sommer vorigen Jahres über die Firma Wolf in Nabushan-Antonienhütte und Umgegend verhängt.

Eines Tages gingen die Maurer Josef und Ignaz Witzel, Karl Mufsha und Anton Bias an einem der Hofischen Bauten vorbei und sahen einige Maurer dort arbeiten. Mufsha mit noch einem Maurer haben den Bau besiegelt und die Arbeitenden gefragt, ob sie nicht wüßten, daß die Sperre über die Firma verhängt liegt. Darauf gaben diese die Arbeit niedergelegt und den Bau verlassen. Josef und Ignaz Witzel blieben unten stehen und warteten, bis die anderen kamen, während Anton Bias, der erst später hinzukam, nur etwa 2 Schritt von der Straße auf das Grundstück hinaufging und die Witzel forttrieb, um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Bald darauf erhielten sie eine Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. Das Schöffengericht zu Kattowitz verurteilte Josef und Ignaz Witzel zu je einer Woche, Mufsha und Bias zu je einem Monat Gefängnis. Gegen dieses unerhörte Urteil hatten sämtliche Angeklagte Berufung eingelegt, die am 7. d. M. vor der Strafkammer des Westpreuss. Landgerichts zur Entscheidung kam. Der als Zeuge erschienene Besitzer des betreffenden Hauses sagte aus: „Zwei Maurer, die ich nicht kenne, kamen auf den Bau und teilten den arbeitenden Maurern den Sperrebescheid mit, worauf diese sofort die Arbeit niederlegten und alle den Bau verließen. Andere, besonders die unten gestanden haben sollen, habe ich gar nicht gesehen, konnte ich also auch nicht aufordern, wegzugehen.“ Maurerpolier Domalla bestätigte dies.

Rechtsanwalt Rittmann wies die Unhaltbarkeit des ersten Urteils nach und beantragte die Freisprechung. Wider alles Erwarten wurde der Berufung der Angeklagten insofern stattgegeben, daß die Strafen des Mufsha und Bias auf 14 Tage herabgesetzt wurden.

Strafe muß sein. In Nr. 7 unserer Blätter berichteten wir, daß der Kollege Glas in München dem dortigen Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Gegen jenes Urteil legte Glas Berufung ein. Die Angelegenheit kam am 9. März vor dem Landgericht München I zum Austrage. Glas bestritt auf das entschiedene, daß er die Anklage gehabt habe, den christlichen Maurer Jos. Riechbart durch Verleumdung oder Drohung zu veranlassen, dem Zentralverbande beizutreten. Zwei Zeugen mußten bezeugen, daß Glas nicht das geringste gegen Riechbart unternommen habe. Dieser bestritt jedoch auf seiner früheren Aussage. Er hatte sich zur Unterstützung noch den bekannten christlichen Straßler Brüdern mitgenommen, der aber selbst nicht mehr wußte, als ihm Riechbart erzählt hatte. Rechtsanwalt Dr. Rugsbaum bekämpfte

in seinem Alldayher das ergötzt hohe Urteil des Schöffengerichts und führte u. a. aus, daß es nicht wundernehme, wenn die Arbeiterfrage den Klassenjustiz und Klassenurteilen rede und kein Vertrauen mehr in die heutige Rechtsprechung habe. Wenn man betrachte, daß sich kein Staatsanwalt gefunden habe, der gelegentlich der Metallarbeiterüberprüfung den Unternehmern auf den Leib rüde, die Arbeiter zur Unterzeichnung des bekannten Werkes zwingen wollten, und daß dem Strafamt eines Streikpolizisten gegen einen Unternehmer wegen Mißhandlung nicht stattgegeben wurde, so sei das Vorgehen gegen Glas im höchsten Grade befremdlich. Es sei erklärlich, daß von dem Kläger die Sache härter gefaßt werde, als sie in Wirklichkeit war, da doch zwischen freien und christlichen Gewerkschaften schroffe Gegensätze vorhanden seien. In Anbetracht dessen, daß Glas sich selbst nichts habe zu schulden kommen lassen, müsse er Freisprechung event. eine gelindere Strafe beantragen. Der Staatsanwalt beantragte kostenfällige Abweisung der Verurteilung. Nach längerer Beratung hob das Landgericht das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf eine Woche Gefängnis und ein Drittel der Kosten, zwei Drittel wurden der Staatskasse überwiesen. Der Tatbestand des Vergehens bestehe darin, daß Gl. zu Viehhandlung erlöste die Konsequenzen selbst ziehen, wenn er dem Verband nicht beitrete.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 24 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ueber den Reichstagsverhandlungen. — Zwischen zwei Kämpfen. Von Fritz Kusterlich (Wien). — Revolution und Kultur. Ein Kapitel zur Philosophie des Marxismus. Von H. Joffe. — Das Maurergewerbe in der Statistik. Von August Wunig. — Die Leinwandweberei in Nordbavien. Von Leo Freundlich (Währisch-Edling). — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und kostet 25 A pro Heft.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 A, pro Monat 4 A, pro Vierteljahr 12 A. Probehefte kostenfrei. Heft 25. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Glossen: Fäust-Bülow. — Die nachgiebige Duma. — Die Tragödie des Privatbankiers. — Jugend von heute. — Karl Lautner: Ein Antimilitarist. — Ernst Reinhardt: Eine Wochenschrift der Unternehmer in der Holzindustrie.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage. Von Paul Firsich und Bruno Dörckard. Unter dem obigen Titel erschien soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, eine vergleichende Statistik der Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1903 und 1907. Die Broschüre wird eingeleitet durch einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen seit 1871. Sie enthält ferner ein Verzeichnis aller Wahlkreise, die zur Zeit sozialdemokratisch vertreten sind oder schon einmal sozialdemokratisch vertreten waren, die sozialdemokratischen Abgeordneten und ihre Wahlkreise; ferner biographische Notizen über die früheren und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Eine vielfarbige Uebersichtskarte endlich zeigt die Verteilung der Wahlkreise auf die einzelnen Parteien, und zwei graphische Darstellungen zeigen die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und die Zahl der Abgeordneten bei dem jetzigen Wahlrecht und bei einem Proportionalwahlrecht. Der Preis der guten Ausgabe beträgt 2 A, eine Agitationsausgabe ist zum Preise von 1 A zur Ausgabe gelangt. Bezogen kann die Broschüre werden durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Der Schutz der Deutschen in Frankreich 1870 und 1871. Kommissionsertrag von F. H. W. Rich. Nach. in Stuttgart. Briefwechsel des außerordentlichen Gesandten der Vereinigten Staaten für Frankreich E. V. Bayhorne in Paris vom 17. Juli 1870 bis zum 29. Juni 1871. Aus den diplomatischen Akten der Regierung der Vereinigten Staaten. Ausgewählt, überzogen und mit einer Einleitung versehen von Adolf Hefner. Preis broschiert 2 A, gebunden 3 A.

Der den älteren Parteimitgliedern aus dem Leipziger Hochverratsprozeß bekannte Genosse Wolf Hefner, der später nach Amerika ausgewanderte und in St. Louis eine zweite Heimat fand, unternahm die Herausgabe des oben angezeigten Briefwechsels, um seinerseits ein Echo zu erzeugen auf die Förderung eines herzlichen Einverständnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und zur Erhaltung des allgemeinen Völkerverständnisses.

Die Norddeutsche Bundesregierung hatte bekanntlich während des deutsch-französischen Krieges die in Frankreich lebenden deutschen Bundesangehörigen unter den Schutz der Vertretung der Vereinigten Staaten gestellt. Durch die Belagerung von Paris trug sich dem amerikanischen Gesandten außerordentlich schwierige Aufgaben, die sehr anspruchsvoll in dem vorliegenden Briefwechsel mit den französischen und deutschen Behörden geschildert werden. Bayhorne hat unbestimmt um die ihm drohenden persönlichen Gefahren und Unannehmlichkeiten zwölf Monate hindurch tapfer seines Amtes gewaltet, so daß alle Beteiligten ihm großen Dank schulden. Da es sich um wesentlichen um den Schutz der in Paris zurückgebliebenen deutschen Arbeiter handelt, so dürften recht viele Kreise für Hefners anregendes und lebenswertes Buch Interesse finden.

Marg. Karl: Schnarheit und Kapital. Separat-Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849. Neu herausgegeben mit einem Vorwort von Karl Kautsky. 75 A. Agitationsausgabe 25 A.

In der Einleitung, die Friedrich Engels dieser vorzüglichen Agitationschrift über das Wesen der heutigen Produktionsweise vorausschickt, gibt er eine klare dialektische Auseinandersetzung über die verschiedenen Begriffe: Arbeit und Arbeitskraft. Kautsky erläutert in

seinem Vorwort, weshalb er nicht wieder die Engelsche Ausgabe, sondern einen Abdruck nach dem Original der „Rheinischen Zeitung“ herausgegeben hat.

Die erfolgreiche Demonstration gegen zu hohe Steuerbelastung. Praktischer Ratgeber für jeden Steuerzahler. Mitteilungsblätter. Formulare nebst preussischen Einkommensteuerbogen von 19. Juni 1906 und Erklärungen. Von einem Steuersekretär. — 128 S. Preis 1.30. Verlag: A. Schwarz & Comp., Berlin S. 14, Dresdenstr. 20.

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter. Verdeutscht und erläutert von Adolf Braun. Preis 30 A. In zweiter, vielfach verbesserter und wesentlich vermehrter Auflage ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, die vorliegende Broschüre erschienen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Süßem, Berlin W. Aus dem Inhalt der neuesten Nummer heben wir hervor: Die Einführung der Kollektiv-Verwaltungsmacht für uneheliche Kinder durch die Gemeinden. Von W. Glüdenberg in Halle a. d. S. — Die Entwicklung des deutschen Städtebaus. Von Dr. H. Lindemann. — Tuberkulose im schulpflichtigen Alter. — Errichtung einer Säuglingsfürsorge in Halle a. d. S. — Steigerung des Gaseverbrauchs.

Broschüren werden gratis vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 68, verandt.

Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. Ernst Zehlin. Heft 12 der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Der Verfasser bezieht einleitend die auffällige Tatsache, daß auch bei Arbeiter, die mit politischen und religiösen Vorurteilen endgültig gebrochen haben, der medizinische Aberglaube und Aberglaube, der Glaube an die weiße Frau und den Schächer, an Homöopathie, Magnetismus und „Naturheilverfahren“ noch so überaus weit verbreitet ist.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 8 des 24. Jahrgangs. Derselbe enthält ein Portrait des verstorbenen früheren Reichstagsabgeordneten Adolf Sabor nebst einem kurzen Nachruf. Ferner enthalten wir die beiden farbigen Bilder „Im deutschen Hühnerstall“ und „Woher? Wohin?“ Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

* Alle am Sonntag abgegebenen und am Montag hier eingetroffenen Briefe wurden wegen Mangel an Raum zurückgeschickt.

Vergedorf, W. Versammlungsanzeige kam am zwei Stunden zu spät.

AKK. Eine bestimmte Frist zur Festsetzung der Rente ist den Versicherungsnehmern nicht vorgeschrieben. Wenn aber eine Rente einseitig die Festsetzung gar zu lange hinauszieht, so kann Widerspruch beim Versicherungsamt erhoben werden. Gegen den Bescheid einer Versicherungsgesellschaft kann innerhalb vier Wochen Berufung bei dem Schiedsgericht für Arbeitervermittlung eingelegt werden. Die Frist zur Einlegung des Rekurses bei dem Versicherungsamt gegen das Urteil des Schiedsgerichts beträgt ebenfalls vier Wochen. Der Instanzenweg ist mit dem Rechtsverfügungsamt erschöpft. Eine durch Urteil des Versicherungsamts festgesetzte Rente kann von der Versicherungsgesellschaft nur dann gestrichen werden, wenn in dem Urtheil des Instanzenweges eine wesentliche Fälschung eingetreten ist. Gegen den erneuten Feststellungsbescheid der Versicherungsgesellschaft kann aber wieder der oben beschriebene Instanzenweg beschritten werden.

Ein Unfallverlegter hat vom 29. Tage an ein Krankengeld in der Höhe von zwei Dritteln des ordentlichen Tagelohns zu beanpruchen. Die Differenz zwischen dem erhöhten und dem durch Statut festgesetzten Krankengeld ist der Unternehmer zu tragen, bei dem der Unfallverlegte in Arbeit stand, als er von dem Unfall betroffen wurde; zahlen muß sie vorläufig die Krankenkasse, die den Betrag später wieder von dem Unternehmer einzahlen kann. Erreicht das im Statut festgesetzte Krankengeld bereits zwei Drittel des ordentlichen Lohnes, so hat der Unfallverlegte einen Zuschuß nicht zu fordern. Bei einem ordentlichen Tagelohn von zwei Mark und einem Krankengeld von 1.40 pro Arbeitstag ist also der gesetzliche Verpflichtung dem Unfallverlegten gegenüber Genüge geschehen, er kann also einen Zuschuß nicht verlangen, da das Krankengeld bereits mehr als zwei Drittel des ordentlichen Tagelohns beträgt.

Stahfurt, F. N. Wenn für die Ofengeschichte zuverlässige Zeugen zur Verfügung stehen, so wollen wir sie wohl veröffentlicht. Ebe wir jedoch darin nicht sicher sind, wird nichts daraus. Die Geschichte ist keine drei Monate wert.

Salzwerder, F. Sch. Gemüß! Das sind Hinterbilde; wildtrende Menschen kann man als solche doch wohl nicht gut bezeichnen.

Ratob Wächter, Sorgen. Wir haben, wie Sie sehen, einen humanitären Bericht über die Agitation in der Schweiz gebracht. Jedoch hat noch ausdrücklich konstatiert, daß das Meiste der Kollegen Philipp ganz besonders auf guten Boden gefallen ist.

Karlruhe. Wir empfehlen die Anschaffung des kleinen Büchleins: Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter von Adolf Braun. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Preis 30 A. Auch W. Viehbachs Volks-Fremdwörterbuch, Preis 3 A, ist zu empfehlen. Beide Bücher können von der dortigen Parteibuchhandlung bezogen werden.

Soeben, M. D. Bezüglich des Inserats in einer Mitteilungszeitung können wir nur empfehlen, eine Annonce-Exposition (in Frankfurt a. M. gibt es wohl deren mehrere) hiermit zu beauftragen. Das Inserat wird dadurch nicht verteuert.

Duisburg. Die Frage muß an den Verbandsvorstand gerichtet werden, da die Redaktion mit der Sache nichts zu tun hat. Wir haben die Karte deshalb an die zuständige Stelle abgegeben.

Reihan, C. S. Solche Erklärungen nehmen wir nicht auf.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Ortsvereinsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

Aigenau. Am 10. März starb unser treuer Verbandsmitglied **Heinrich Ulrich** im Alter von 28 Jahren infolge eines Sturzes von der Treppe.
Berlin. Am 8. März starb unser Kollege **Karl Preuss** im Alter von 29 Jahren an Herzschwäche.
Blaueburg. Am 13. März starb unser Verbandskollege **Karl Stricker** im Alter von 65 Jahren in der Nacht.
Greifeld. Am 8. März starb unser treuer Verbandskollege **Josef Rippers** im Alter von 21 Jahren infolge eines Gefäßleidens.
Forst. Am 8. März starb unser Verbandskollege **Waldemar Markisch** im Alter von 27 Jahren an Lungenblut.
Glogau. Am 9. März starb nach langem Krankenlager unser Verbandskollege **Wilhelm Jahn** im Alter von 31 Jahren an Lungenleiden.
Grichen. Am 14. März starb unser treuer Verbandskollege **Paul Hübsch** im Alter von 21 Jahren an Bluthusten. Der Verstorbene war Mitbegründer unseres Zweigvereins.
Hünzburg. Am 14. März starb plötzlich unser Verbandskollege **Franz Kilm** im Alter von 60 Jahren.
Wandburg. Am 11. März starb der Verbandskollege **Heinrich Harlin** im Alter von 65 Jahren an Lungenleiden.
München-Mittstadt. Am 9. März starb unser Kollege **Sylvester Riedl** im Alter von 88 Jahren an Herzschlag.
Würgburg-Münster. Am 13. März starb nach kurzem Leiden unser treuer Kollege **Peter Wagenbrenner** im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung.
Ghre ihrem Andenken!

Pyriz.

Die Wohnung des Verstorbenen, **Emil Tessmer**, befindet sich jetzt **Alt-Dammstr. 1. part.** [M. 1,20]

[M. 2,70]

Stendal.

Die Kollegen **P. Klose** (Verbands-Nummer 156 708), **H. Michaelis** (105 595), **A. Flöcher** (107 698) werden aufgefordert, sofort ihre Abscheide dem Kassierer **Emil Prehm**, Stendal, Osterburgstr. 104, bekannt zu geben, da sie gerichtlich als Zeuge vernommen werden sollen. Zweigvereine, die den Aufschuß der genannten Kollegen kennen, bitten wir, dem Zweigvereinsvorstand von Stendal sofort zu benachrichtigen.

Zwickau i. S.

Die Wohnung des Vertrauensmannes, **H. Zettel**, befindet sich jetzt **Richardstr. 15. part.** [M. 1,20]

Spandau.

Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einheit“. Die Wohnung des Bevollmächtigten, **E. Schüler**, befindet sich **Lindenauer 5/6.** [M. 1,80]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. März.

Hamburg. (Gemeinterr.) Vorm. 11½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Beschlussevent 57/08. (Kleiner Saal).
Pr. Slargard. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Schulz, Friedenstr. 2.
Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im Schützenhaus. L.O.: Stellungnahme zum Angebot der Unternehmer.

Templin. Im Lokale des Herrn Bernum.
Würzburg. Vorm. 10 Uhr im Vereinslokal. Referent: Ein Kollege vom Bauvorstand.

Dienstag, den 26. März.

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 31. März.

Artern. Nachm. 8 Uhr im „Schwan“.

Schweinitz a. d. Elster. Vorm. 11 Uhr im Vereinslokal.

Montag, den 1. April (2. Christtag).

Hintersee. Vorm. 11 Uhr bei Peter, Bismarckstr.

Lehnd. Nachm. 2 Uhr im Lokal von Hermann Kage.

Unterweissbach. Nachm. 2 Uhr im „Gasthaus zur Sonne“ in Meissenbach. Referent anwesend.

Sonntag, den 7. April.

Velln i. d. M. Im Vereinslokal. L.O.: Wohnbewegung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagshaus **Kuer & Co.** in Hamburg.